

# Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

65. Jahrgang

Berlin, den 26. Oktober 1927

Nummer 86

## Herbststimmung im Deutschen Buchdrucker-Verein (Schluß)

Einen wesentlich objektiveren und weit weniger von Herbststimmung bedrückten Ton brachte nach dem in voriger Nummer beleuchteten Abschluß der Aussprache über das sozial- und wirtschaftspolitische Klagespiel des Herrn Generaldirektors Herr Bruno Mehel (Leipzig) mit einem Vortrag über den Stand der Lehrlingsordnung in das Getriebe der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Zwar ist der Bericht in der „Zeitschrift“ über diesen Punkt etwas mehr als dürftig ausgefallen, doch genügt das Wenige, um zu erkennen, daß den Zuhörern ein sachmännisch wie gewerbes- und sozialpolitisch gleich hochstehender Einblick in die Schwierigkeiten geboten wurde, die der Einführung der Lehrlingsordnung von Seiten vieler Handwerkskammern auch heute noch gemacht werden. Nicht mit Unrecht betonte der Redner u. a., daß es nichts schaden könnte, wenn die Kreise der Volkshule sich selbst einmal mit dem zum Teil recht betrübenden Ergebnissen, die bei den Eignungsprüfungen zutage treten, befassen würden. Erfreulich ist ferner, daß in der folgenden Aussprache über dieses Thema die Forderung aufgestellt wurde, den Widerstand der Handwerkskammern noch mehr als bisher zu brechen und nötigenfalls die Hilfe der Presse dafür in Anspruch zu nehmen, „um einmütig in aller Öffentlichkeit zu zeigen, wie die Rückständigkeit mancher Handwerkskammer angeht, eine den heutigen Anforderungen im Druckgewerbe zweckentsprechende Ausbildung zu verhindern.“ Das Urteil der Gehilfenschaft über das teils auf soziale Rückständigkeit, teils auf Angst vor Gebiets- oder Herrschaftseinschränkungen zurückzuführende Verhalten mancher Handwerkskammern wird damit auch von Unternehmerseite als berechtigt befätigt. Gleichzeitig wird aber damit unsre von jeher vertretene Ansicht gerechtfertigt, daß das Buchdruckgewerbe an seine Arbeitskräfte wesentlich höhere Anforderungen stellt, als sie nur durch Volkshule und sonst übliche berufliche Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk möglich wird.

Leider fehlt dieser Einsicht bei einem nicht kleinen Teil der Prinzipale noch die Schlußfolgerung, daß solche höhere Anforderungen an die berufliche Leistungsfähigkeit in der Entlohnung wie überhaupt in den unternehmerseitigen Gegenleistungen einen gerechteren Ausgleich finden müßten. Vieles wäre sicher besser im Buchdruckgewerbe auch auf Unternehmerseite, wenn dieses „Hand wird nur von Hand gewaschen“ auch im Hinblick auf die zum Jugend auf erforderte besondere Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe weiterbildend beurteilt würde. Die Notwendigkeit, daß nicht nur der Lehrlingsausbildung eine weit größere Aufmerksamkeit als früher zuteil werden muß, sondern für die Meister oder deren Vertreter selbst durch die Gründung von Meisterkursen die Notwendigkeit größerer Berufskennntnisse bestätigt wird, beweist doch deutlich genug, daß an die berufstechnischen Kennntnisse der heutigen Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe wesentlich größere Anforderungen als je zuvor gestellt werden. Die verhältnismäßig teuren und komplizierten Produktionsmittel und -verfahren bedingen für ihre vorteilhafteste Verwertung besonders geschulte und leistungsfähige Arbeitskräfte. Diese sind aber doch nur dann heran- und fortzubilden sowie zu erhalten, wenn dafür in Lohn- und Arbeitsbedingungen ein Ausgleich geboten wird, der eine solche besondere Berufsbindung und Leistungsfähigkeit rechtfertigt. Weil dem so ist und sich die beiderseitigen Interessen zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft auf diesen Gebieten

die Wage halten, kann man darin fruchtbringende Keime für eine höhere gewerbliche und soziale Ordnung der Zukunft erblicken, deren Entfaltung nur durch gleichberechtigte Zusammenarbeit gefördert werden kann. So beurteilt und betrachtet, enthält gerade die Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe ein kulturelles Element, das im Interesse beider Teile (Unternehmer wie Arbeiter) die Überwindung sozialer Gegensätze aus der privatkapitalistischen Wirtschaftsform wesentlich erleichtern könnte. Zwar fehlt nicht nur formell, sondern auch grundsätzlich noch sehr viel an der Tragkraft dieser Gemeinschaftsidee. Aber dennoch ist unverkennbar, daß neben der technischen Entwicklung des buchgewerblichen Produktionsprozesses auch die wachsenden Schwierigkeiten für eine Verbreiterung oder Stärkung der privatkapitalistischen Kräfte immer hartnäckiger auf eine besondere Beachtung solcher Wegweiser drängen und vor einer weiteren Zulassung der sozialen Gegensätze warnen.

Die Berechtigung dieser Hinweise auf die Zusammenhänge zwischen Lehrlingsordnung und der gesamten Lage oder Entwicklung der Verhältnisse zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe ergibt sich u. a. aus der während der Niederschrift dieser Zeilen in unsre Hände gelangten Nr. 84 der „Zeitschrift“ vom 21. Oktober. In einem Artikel „Das Buchdruckgewerbe in Amerika“ schildert ein. zurzeit in Berlin weilender New Yorker Buchdruckerbetriebsleiter geradezu trostlose Konkurrenzverhältnisse im Buchdruckgewerbe der Vereinigten Staaten. Er kommt bei seinem Vergleich zwischen den Zuständen auf dem Preisgebiete im Buchdruckgewerbe seiner Heimat und Deutschlands zu dem Ergebnis, daß die Verhältnisse in Amerika nicht besser seien als in Deutschland, sondern teilweise noch trauriger. Eine wichtige Ursache davon erblickt er u. a. darin, daß in Amerika nur etwa 25 Proz. aller Druckereien tarifmäßige Löhne (zwischen 50 und 60 Dollar wöchentlich) zahlen, während die übrigen 75 Proz. aller Buchdruckerbetriebe nur Löhne von 20 Dollar aufwärts zahlen. „Denken wir uns“, so schreibt der amerikanische Verfasser des Artikels in der „Zeitschrift“, „das selbe Verhältnis in Deutschland, was würden wohl da ebenfalls für Verkaufspreise herauskommen. Wenn ich daher die an und für sich berechtigten Forderungen in deutschen Fachblättern über Preisunterbietungen lese, kann ich mich eines kleinen Lächelns nicht erwehren, und ich wünsche nur, daß wir in Amerika schon so weit wären wie in Deutschland. Das hat aber noch lange keine bei uns, und ich wage zu behaupten, daß Amerika (trotz seines guten Rufes) in dieser Beziehung nie an Deutschland heranreichen wird.“ Noch wertvoller sind aber die beiden letzten Absätze dieses Aufsatzes in der „Zeitschrift“, die folgendermaßen lauten:

Was nicht es wohl, wenn meinetwegen einer deutschen Studentenkommision in Amerika nur die Staatsdruckerei, einige vorbildliche Zeitungsbetriebe oder Groß-Unionbetriebe gezeigt werden, wo natürlich Ausnahmezustände herrschen. Einen wirklichen Überblick über das Buchdruckgewerbe kann nur derjenige haben, der jahrelang die Verhältnisse auf sich selbst wirken läßt. Von der übrigen Masse der Buchdruckereien sind die Unionbetriebe gegenüber den Nicht-Unionbetrieben demnach in der Minderheit, daß mit letzteren, was die Schmutzkonturrenz angeht, durchaus zu rechnen ist. Genau das selbe ist es, wenn eine Studentenkommision in Deutschland war. Zurückgekehrt, werden die Herren auch stets berichten, daß sie vorbildliche Zustände angetroffen haben, nur mit dem Unterschied, daß sie getroff auch von mittleren Druckereien nur Gutes berichten könnten, weil überall organisiertes Personal vorhanden ist, dem der Tariflohn gezahlt werden muß und als Folgeerscheinung keine solche Preiswettbewerb stattfinden kann wie in Amerika.

Wie wir hier in Amerika gesunde Verhältnisse im Buchdruckgewerbe schaffen können, die denen Deutschlands gleichen, ist, wie gesagt, eine Frage der Zukunft. Die Frage wird aber trotzdem schwer zu lösen sein, so-

lange wir nicht in der Lage sind, das richtige Lehrlingsystem einzuführen. Ohnedies haben wir die variablen Löhne und damit als Hauptursache die unangenehme Schmutzkonturrenz. Deutschland möge sich in dieser Beziehung stillen, also Abbau des Lehrlingsystems, Amerika nachzuahmen, denn dann könnte man nicht mehr vom Buchdruckgewerbe sagen „Deutschland in der Welt voran“.

Eine glänzendere und zeitgemäßere Rechtfertigung der Zweckmäßigkeit und Nichtigkeit unsrer von jeher vertretenen Auffassung von der preisregulierenden Wirkung einer möglichst hohen Entlohnung für das gesamte Gewerbe, nicht zuletzt aber auch von der lohn- und preistatistischen Auswirkung einer vernünftigen, einheitlichen und fortschrittlichen Lehrlingsordnung könnten wir uns gar nicht wünschen. Daß dieses Zeugnis dazu noch von einem amerikanischen Unternehmer stammt, macht die Sache nicht nur interessanter, sondern hoffentlich auch nach der Prinzipalsseite hin überzeugender.

Und damit kommen wir zum letzten Kardinalpunkt der Baden-Badener Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, zur Frage des Preistarifs und seiner Durchführung. Da fielen die Blätter, vom Herbstwind erfasst, in geradezu katastrophaler Weise zu Boden. Und Herr Sturm, der getreue Eckhard des Preistarifs, konnte es nicht verhindern, daß auch seine bestehenden Hoffnungen wie Spreu im Winde zerflatterten. Kurz und lakonisch konstatierte er: die Preisverhältnisse seien in Gewerbe und Industrie in den letzten Jahren ins-Wanken geraten. Aber schon hier, wie seine Pause ein großes Loch auf. Denn in den letzten Jahren sind die Preise überall gestiegen, auch der Druckpreistarif. Und selbst die Tatsache, daß der letztere von einem großen Teil der Prinzipale nicht als Minimal-, sondern als Maximaltarif beurteilt wird, von dem man in „kollegialer“ Weise allerhand Abstriche machen kann, und zwar, wie die „Zeitschrift“ schon oft beklagt hat, bis zu 50 Proz., hat die Zahl der Konkurse im Buchdruckgewerbe nicht größer werden lassen. Im Gegenteil, die Zahl der Betriebe im deutschen Buchdruckgewerbe hat sich in den letzten Jahren, trotz des Fiascos des Preistarifs, wesentlich erhöht. Aber nicht nur der Zahl nach haben sich die Betriebe vermehrt, sondern die meisten Betriebe sind ganz beträchtlich vergrößert worden. Das beweist z. B. die Statistik der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft für die letzten drei Jahre in geradezu drastischer Weise. Während im Jahre 1924 die Zahl der Betriebe 8039 mit 166 068 Beschäftigten (Wollarbeiter mit je 300 Arbeitstagen) betrug, erhöhte sich deren Zahl im Jahre 1925 auf 8394 bzw. 203 796 und im Jahre 1926 auf 8900 bzw. 209 792. Die Zahl der Druckmaschinen (Schnellpresse, Ziegel und Notation) betrug im Jahre 1924 insgesamt 34 166, im Jahre 1925 dagegen 37 024; die Zahl der Sechsmaschinen erhöhte sich von 6809 im Jahre 1924 auf über 9 000 im Jahre 1926. Diese Zahlen reden eine ganz andre Sprache, als Herr Sturm in Baden-Baden in seinem Klagespiel über die schlechte Lage des Gewerbes vernehmen ließ. Wir wollen gar nicht bestreiten, daß diese „Flucht in die Sachwerte“ eine Verknappung der flüssigen Betriebskapitalien zur Folge haben kann. Das sind aber nur Beweise einer verfehlten Spekulation des Unternehmertums, unbedachter Geschäftserweiterungen und Maschinenanschaffungen, die ganz gut vermieden werden könnten, wenn in Prinzipalskreisen etwas mehr gegenseitige kollegiale Rücksicht vorhanden wäre. Der privatkapitalistische Egoismus läßt leider für einen kollegialen Ausgleich überzähliger Aufträge viel zu wenig Spielraum. Kommt dazu noch die große Unterschiedlichkeit der Betriebsrichtungen, die naturgemäß auch zu ganz verschiedenen Rentabilitäten führen müssen, dann ist der Vorteil des besser Entgelteten selbst bei starker Unterschreitung des Preis-

tarifs immer noch größer als für denjenigen, der mit unzulänglichen Produktionsmitteln Aufträge an sich reißt, die er nur mit größten Opfern erledigen kann. Um so dringender wäre es daher notwendig, daß erst nach dieser Richtung etwas mehr Ordnung im Buchdruckgewerbe geschaffen würde, statt auf preiszaristischen Phantomen nachzujagen. Auch die von Herrn Sturm als Rettungsanker für den Preistarif empfohlene Einführung einer neuen Betriebsbuchführung wird kaum wesentlichen Erfolg haben. Denn dafür sind die Unterschiede der Betriebe viel zu groß, als daß sie aus der Buchführung heraus zu einer einheitlichen Preisgestaltung führen könnten. Das zuverlässigste Hilfsmittel wäre eine möglichst starke Annäherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die technische Leistungsfähigkeit fortgeschrittlich eingerichteter Betriebe. Daraus würde sich zwangsläufig ein Ausgleich und eine gerechtere Verteilung der Druckaufträge ergeben, sich die Spreu von Weizen auch im Buchdruckgewerbe sondern. Jede Betriebsart, ob Klein-, Mittel- oder Großbetrieb, hat wirtschaftliche Licht- und Schattenseiten. Die Schattenseiten würden jedoch sicher weit mehr noch als bisher ausgemerzt werden können, wenn der von den Gesellschaftskosten her kommende Druck von enger Zusammenarbeit und berufsgemeinschaftlicher Ausnützung der im allgemeinen vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sowohl preis- wie lohnrechtlich ein stärkerer wäre. Wir begrüßen es daher, daß die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins davon abgekommen ist, den ungesunden und fortschrittsfeindlichen Weg einer willkürlichen Bindung an einen Preistarif, der auch dem technisch rückständigsten Betrieb noch gute Existenzmöglichkeiten sichert, fernherhin noch zu beschreiten. Wir verzichten deshalb auch darauf, die schon längst zu unserer Verfügung stehende sachlich scharfe Abrechnung mit der überflüssigen und haltlosen Polemik in den Nummern 60 und 61 der „Zeitschrift“ gegen unsere Stellungnahme zum Preistarif in unserer Kritikserie in den Nummern 37, 47, 48, 49 und 50 des „Korr.“ des laufenden Jahres jetzt noch in die Wagsschale zu werfen. Wir bleiben nach wie vor dabei, daß der Lohnanteil im Buchdruckgewerbe bei weitem noch nicht jene preisregulierende Höhe hat, die ihm von Prinzipalsseite zugesprochen wird. Wir erblicken in der auch vom Reichswirtschaftsminister festgestellten zu großen Spanne zwischen dem Lohn und den Sätzen des in Betracht kommenden Preistarifs geradezu die Ursache für die Möglichkeit der von den Prinzipalen so sehr beklagten Preiskonkurrenz im deutschen Buchdruckgewerbe, und zwar um so mehr, als es bis in die letzte Zeit hinein das Bestreben des Deutschen Buchdrucker-Vereins war, einem besseren Ausgleich auf diesem Gebiete entgegenzuwirken. Wenn wir die Entwicklung des deutschen Buchdruckgewerbes in den letzten Jahren in Betracht ziehen, dann bleibt uns keine Möglichkeit, die fortgesetzten Klageklieber über die schlechte wirtschaftliche Lage des Gewerbes als berechtigt anzusehen. Wir erkennen darin nur eine privategoistische Tendenz entpringende Verschleierung der tatsächlich weit besseren Verhältnisse als in früheren Jahren. Die ungeheure Vermehrung der Produktionsmittel in den letzten zwanzig Jahren im deutschen Buchdruckgewerbe stellt einen so großen, festen und produktiven Vermögenszuwachs für die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe dar, daß demgegenüber die wirtschaftliche Lage der deutschen Buchdruckerarbeiterschaft als stark zurückgeblieben empfunden werden muß. Und selbst wenn in gewisser Beziehung eine Aberfütterung an Produktionsmitteln vorhanden wäre, so handelt es sich auch hier um privatkapitalistische Auswüchse, deren Vorhandensein nicht der Arbeiterschaft zur Last gelegt werden kann, sondern weit eher als eine Vorentsaftung berechtigter Ansprüche aus den bisherigen Erträgen ihrer Arbeitsleistungen zu bewerten wäre. Nimmt man in Zukunft davon Abstand, diese Umwandlung von Betriebs-erträgen in unregelmäßig und volkswirtschaftlich nachteiliger Weise in eine herzsichwähende Verteilung der festen Betriebsubstanz fortzusetzen, dann werden nicht nur die vorhandenen und teilweise überzähligen Produktionsmittel wieder oder noch rentabler werden; es werden auch die Arbeits- und Lebensverhältnisse der sie bedienenden menschlichen Arbeitskräfte einer gerechteren Nutzen von ihrer Leistungsfähigkeit, von ihrer Mühe und Arbeit haben können. Zu erreichen wäre dies durch Anbahnung und Durchführung einer berufsgemeinschaftlichen Arbeitsverteilung über das gesamte Gewerbe hinweg, zur Vermeidung von Überstunden, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und stillstehenden Maschinen. Das wäre vorbildliche Rationalisierung, die dem ganzen Gewerbe zum Segen gereichen würde.

Noch manches wäre in dieser wie anderer Richtung zu den Ergebnissen der diesjährigen Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins vom Gehilfenstandspunkt aus zu sagen. Daß z. B. bezüglich der Mitgliederzahl des DBV. weder im Bericht über die Baden-Badener Tagung noch im gedruckten Bericht über die Tätigkeit des Vereins im Jahre 1926 genauere Angaben enthalten sind, läßt vermuten, daß auch hier manches nicht so ist, wie es sein sollte. In einem bekannten Fachblatt fanden wir darüber folgende interessante Feststellung: „Der durch 101 Todesfälle, für die rund 174 833 W. Bestattungsbeiträge gezahlt worden ist, sowie durch Austritte erfolgte Abgang von Mitgliedern konnte durch teilweisen Wiedereintritt oder Neueintritte fast wieder eingeholt werden (das Vorjahr schloß mit 6619), und es steht zu hoffen, daß es fleißiger Werbung gelingt, bald alle Buchdrucker zu erfassen, die für den DBV. überhaupt in Betracht kommen.“ Sollten von den 8900 Buchdrucker, die der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft angehören, wirklich kaum drei Viertel für den Deutschen Buchdrucker-Verein in Betracht kommen? Daß der aus dem Keimstundenkampf von Deutschen Buchdrucker-Verein als sehr kostspielige Erbschaft und „Ehrensache“ verbliebenen gelben Buchdruckerunterstützungskasse abermals 10 000 W. als „Beitrag“ überwiesen werden mußten, könnte ebenfalls noch Anlaß zu einigen Randbemerkungen über verfehlte und teure Unternehmerpolitik geben. Daß man die höchst bescheidenen Wünsche des Deutschen Faktorenbundes bezüglich einer allgemeinen Gehaltszulage in Höhe der letzten tariflichen Zulage für die Gehilfen (1. April 1927) und paritätischer Stellenvermittlung sowie Mitwirkung der Faktoren in den Fachauschüssen der Lehrlingsordnung teils mit formalistischen, teils mit ebenso nichtsagenden Gründen ablehnte oder zu umgehen suchte, könnte uns zwar wenig berühren. Aber es zeigt doch, wie der Deutsche Buchdrucker-Verein selbst mit einer Organisation der nächsten Vertrauenspersonen seiner Mitglieder umzupringen beliebt, wenn diese Organisation allzu isoliert dasteht und mehr von sozialer Einsicht des Unternehmers abhängig als von eigener Organisationskraft oder Hand-in-Hand-arbeiten mit der übrigen Arbeiterschaft des Gewerbes gestützt ist. Doch wir wollen es mit diesen Hinweisen und unserer diesmaligen Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen aus den Ergebnissen der diesjährigen Prinzipsatzung vorerst genug sein lassen.

Wir sind nicht der Auffassung, daß die zukünftige Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Dinge in unserm im Vergleich zur gesamten Volks- und Weltwirtschaft verhältnismäßig kleinen Gewerbe in kürzester Frist so vor sich gehen wird, wie wir es angeedeutet haben. Dazu sind nicht nur die Gegensätze zwischen Hüten und Drüben, zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, leider noch viel zu groß; auch auf Unternehmenseite selbst sind zahlreiche und scharfe Gegensätze vorhanden. Und dennoch oder gerade deshalb glauben wir an eine fortschrittliche Wirkung aller dieser mehr zwangsläufigen als menschlich gewollten Gegensätze, und zwar zugunsten der Arbeiterschaft. Nicht umsonst haben wir die Betrachtungen als Herbststimmung im Deutschen Buchdrucker-Verein betitelt. Denn wenn auch der äußere Rahmen der Tagung unsrer „Meister“ in Baden-Baden ein überaus festlicher und wohlhabender war, so zeigten doch die Verhandlungen ein weit ernsteres Gewand. Daß es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann, daß der Druck der sozial- und wirtschaftspolitischen Entwicklung auch den Deutschen Buchdrucker-Verein nach innen wie nach außen vor einen Wendepunkt stellt, ist unverkennbar geworden. Und mögen auch in den Reihen der Prinzipsatzorganisation nicht wenige Janusköpfe oder Männer sein, die sich von alten Herrenrechten oder Herrschaftsgelüsten über die Arbeiterschaft immer noch nicht loslagen können, so werden sich gerade ihnen gegenüber kommende Dinge wesentlich stärker und zwingender erweisen, als ihr Hoffen und Wünschen dies erwartet. Daß es in Prinzipsatzkreisen aber auch nicht an Männern fehlt, die dem Flügel Schlag der Zeit näherstehen und wissen, daß, je gerechter und je höher sie die Träger der menschlichen Arbeitskräfte als gleichberechtigte Menschen achten und bewerten, um so sicherer auch ihr Betrieb den Stürmen der Zeit zu widerstehen vermag, können wir ebenfalls feststellen. Und soweit es daran noch fehlt, wird die weitere und unvermeidliche Zuspitzung der privatkapitalistischen Gegensätze auch in unserm Gewerbe einer kulturell fortschrittlicheren Lösung der sozialen Frage dienen, wobei die Kraft unsrer Organisation die Wirkung eines Steuers haben wird, auf das wir uns nach wie vor mit größter Zuversicht verlassen können.

### Bezirkslehrlingsleiterkonferenz des Obergaues

Das Jahr 1927 ist mit seinen Tagungen für die im Verband der Deutschen Buchdrucker organisierten Lehrlinge wohl zu Ende, jeder Bezirk hat sein Teil getan, um die angehenden Kunstfänger zusammenzufassen, und mehr oder weniger haben die Zusammenkünfte ihren Zweck erfüllt. Aber so viele Bezirke es sind, so verschieden sind auch die Veranstaltungen gewesen. Der Gauvorstand hat sich deshalb veranlaßt, für das nächste Jahr mehr Einheitlichkeit in die Sache zu bringen und beabsichtigt, trotz der großen Ausdehnung des Obergaues eine möglichst vollständige Zusammenfassung aller Lehrlingsabteilungen an einem in der Mitte des Gaues gelegenen Orte herbeizuführen und so einen Gaulehrlingstag zu veranstalten, damit sich die Abteilungsleiter und ihre Jungmänner auch persönlich kennen lernen und aussprechen können. Um die Wege dazu möglichst zu ebnen, lud der Gauvorstand sämtliche Bezirkslehrlingsleiter und die Interessenten zu Sonntag, den 25. September, nach Berlin zu einer Bezirkslehrlingsleiter-Konferenz ein. Um diese Tagung recht sachlich zu gestalten, stellte der Verbandsvorstand auf Ersuchen seines Sitzungsaal im Verbandshause in den Dienst der guten Sache.

Vormittags 9 Uhr versammelten sich alle Geladenen dortselbst, ein Teil war wegen der weiten Entfernungen schon am Sonntagabend gegen Abend in Berlin eingetroffen, so daß pünktlich begonnen werden konnte. Gauvorsteher Reineke eröffnete die Sitzung um 9 1/2 Uhr, begrüßte die Vertreter des Verbandsvorstandes, die Kollegen Fülle und Krauß, sowie den Kollegen Gröning vom Berliner Gauvorstand. Später erschienen auch noch die Kollegen Schweinitz, Seitz und Helmholz. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von zwölf Bezirkslehrlingsleitern, acht Ortslehrlingsleitern und zehn Mitgliedern der Bezirksvorstände sowie einiger Kollegen aus den Bezirken, die aus persönlichem Interesse erschienen waren. Der Gauvorstand war durch Vorsteher, Kassierer, Schriftführer und Gaulehrlingsleiter vertreten. Zunächst wurde das Geschäftliche erledigt.

Unter Punkt 2 gab Gaulehrlingsleiter Wolter seinen Bericht über den Stand der Lehrlingsfrage. Die erste Obiegenheit des Gaulehrlingsleiters ist die organisierte Zusammenfassung aller mit der Lehrlingsfrage zusammenhängenden Bestrebungen. Eschwerend wirt hierbei die große Ausdehnung des Gaues, doch sind wir leistungsgut vorwärtsgekommen. 1925, 1926 und bis jetzt ist die Arbeit immer mehr fortgeschritten, so daß zurzeit 78 Proz. der Lehrlinge in unsern Abteilungen erfaßt sind, also nicht viel unter dem allgemeinen Prozentsatz. Aber auch der Rest muß noch herangeholt werden. Die hohe Zahl der Lehrlinge beweist die reifliche Ausnutzung der Lehrlingskassen durch die Prinzipale. Die Beitragszahlung der Lehrlinge macht es nicht allein, das vorstehende Endziel ist ein tüchtiger Gehilfe und Verbandsmitglied zu sein. Alle Mittel, auch der gewerkschaftlichen Erziehung, müssen angewandt werden. 70 Lehrlingsleiter hat der Obergau, ihnen muß das Bildungsmaterial zur Weitergabe. zugeleitet werden zur Weiterarbeit, es kann genügend geliefert werden, dank dem Entgegenkommen des Verbandsvorstandes, alle Gebiete sind vertreten. Selbstausgearbeitete Vorträge sind besser als Manuskriptvorträge. Dazu hat der Bildungsverband auch schon Fernkurse eingerichtet. Die Drucksaftensendungen dienen demselben Zweck in vorbildlicher Weise, hierin ist ein neuer Weg beschritten worden, indem jeder Lehrlingsleiter ohne vorherige Meldung eine Ausrede auf ein Vierteljahr erhält, um sie zu verarbeiten. Eine Zusammenarbeit aller Beteiligten ist dazu notwendig. Die Einbindung der Lehrlingsarbeiten ist sehr mangelhaft und lüdenhaft, ein Lichtblick war die Ausstellung der Freizeitarbeiten, auch in der Ausstellung „Jung-Deutschland“. Alle Maßnahmen sind dem Gauvorstand mitzuteilen. Redner ging auf die diesjährigen Lehrlingstage ein, die ein annehmbareres Resultat gezeitigt haben; durch die persönliche Befragung der Lehrlinge konnte mancher Mißstand aufgedeckt und dann abgestellt werden. Auf diesem Wege ist weiterzuarbeiten. Hierauf ging der Vorstehende zum zweiten Teil dieses Punktes über: „Das gesellschaftliche Recht und unsere Lehrlingsbestimmungen“. Unser Bemühen, den Lehrlingsbestimmungen gesetzliches Recht zu verschaffen, werden sehr erschwert durch die Handwerkskammern und die Prinzipale, doch muß allem Widerstand zum Trotz im eignen Interesse mit allen Kräften weiter gearbeitet werden. Bei rechtzeitiger Meldung der Aberfütterung der Lehrlingskassen können unsere Schiedsämter viel besser arbeiten und tun es auch. Im Obergau sind die Hälfte der Prinzipale nicht im DBV, das sind die größten Widerfächer. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung werden durch die Handwerkskammern vielfach gegen die Gehilfenchaft angewandt und Beschwerden sind aussichtslos. Jetzt haben wir vielfach den Klageweg vor den Gerichten beschritten, um der tariflichen Stala Geltung zu verschaffen. Die Nichtmitglieder des DBV. sind selten zur Befolgung der Tarifstala zu zwingen; auch viele Gewerkschaften sehen schein auf diese unsere Bestrebungen. 1928 wird eine große Zahl auslernen, und die Prinzipale werden auf ungeschmälerten Ersatz drängen. Die Stettiner und Straßener Handwerkskammern sind sogar über die sonst üblichen Sätze hinausgegangen, bestärkt durch reaktionäre Prinzipale als Beifügiger. Etwas besser haben die Bemühungen in der Kostfrage gewirkt, siehe Kirchhain. Am rückständigsten in der Kostfrage

und dergleichen ist die Berliner Handwerkskammer, doch sind auch hier gerichtliche Beschlüsse und Urteile zu unfern Gunsten ergangen. Die Ferienfrage für Lehrlinge ist ebenfalls vielfach umstritten. In vielen Druckereien fehlen lehrberechtigte Personen, um gerichtliche Entscheidungen herbeizuführen. Jeder Kollege muß auf dem Posten sein.

In der Diskussion wurde vereinzelt der Lehrlingsbeitrag von 20 Pf. zu hoch befunden. Die Überstundenbeschäftigung der Lehrlinge ist zu unterbinden. Die Gehilfenprüfungen sind durch die Prüfungsausschüsse so zeitig anzuberaumen, daß sie spätestens mit dem Musterdatum erledigt sind. Ein seit 1926 gefälltes Schiedsgerichtsurteil ist jetzt durch das Gericht für vollstreckbar erklärt worden. Die Zusammenfassung der Prüfungsausschüsse läßt vielfach sehr zu wünschen übrig. Die ausgegebenen Lehrlingsflugblätter finden bei den Berufsberatern vielfach nicht die nötige Beachtung, auch in der Arbeiterpresse fehlt das richtige Verständnis dafür. Ein Vertreter führte Beschwerde über die Straßener Handwerkskammer, die sich über alle Entschiede und Anweisungen hinwegsetzt. 1926 waren bei 230 Kollegen im Greifswalder Bezirk 35 und 44 Kollegen arbeitslos, also wirklich kein Gehilfenmangel, und doch war die Lehrlingsstaffel nicht hoch genug. Ein Redner äußerte Bedenken über die Zusammenfassung der Prüfungsausschüsse und Fachklassen, die mit Fachleuten zu besetzen sind. Die beiden Referenten gingen in ihren Schlussworten auf einzelne vorgebrachte Fälle näher ein und stellten sie richtig bzw. wird Abänderung im gewöhnlichen Sinne eintreten, nötigenfalls durch Anrufen der Gewerbeinspektion und der Arbeitsgerichte.

Punkt 3: „Lehrlingsordnung, Lehrlingsstaffel usw.“ Kollege Fülle vermisst auf die veröffentlichten Berichte, Jahresberichte und den „Korr.“. Die ausgegebenen Richtlinien für Vorträge und Rundsendungen haben sich bewährt. Jugendführer- und ähnliche Schriften geben reiches Vortragsmaterial. Im übrigen kann er Wotter nur zustimmen in bezug auf die gewerkschaftliche Erziehung der Lehrlinge. Auf der letzten Gaulehrlingsleiterkonferenz ist alles ausführlich besprochen worden. Aus der Lehrlingsordnung ist viel herauszuholen, wenn auch nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können. Der Vorstand des DDB lehnt den rücksichtigen Standpunkt des Vertreters in der Stettiner Handwerkskammer entschieden ab. Ein Erfolg des Reinkelnschens Schreibens an den Handelsminister usw. ist zunächst noch nicht zu erwarten, es müssen noch einige andere vorbereitende Schritte erfolgen, ehe unsere Lehrlingsordnung gesetzliche Kraft erhalten kann. In Bayern ist die tarifliche Stala gesetzlich verankert, und bei Ablauf der jetzigen Bestimmungen in anderen Landesteilen wird sich hoffentlich etwas besseres lassen. In den nächsten Tagen erfolgt ein neues Rundschreiben des Verbandsvorstandes an die Funktionäre. Zurzeit sind 15-280 Lehrlinge, gleich 80 Proz. der vorhandenen Jungbuchdrucker, organisiert. Wenn wir in unfern Bestrebungen nicht erlahmen, können wir getrost in die Zukunft sehen. Eine Diskussion wurde nicht mehr beliebt.

Punkt 4: „Jungbuchdrucker tag“. Gauvorsitzer Reine teilt mit, daß für 1928 ein allgemeiner Jungbuchdrucker tag für den Obergau ir. Aussicht genommen ist. Um die Zeit des Johannisfestes an einem Sonnabend treffen die einzelnen Abteilungen in Kloster Chorin ein, woselbst sie in der Jugendherberge und in benachbarten Unterkunftsstellen bis zum Abend der feurigen Jugendbewegung entsprechend betätigen, Spiel, Sport, Johannisfeier; Essen und Schlafen gibt es gegen billiges Entgelt, und am Sonntagmorgen Besichtigung, Spaziergänge, Versammlung, gemeinsames Mittagessen, Baden und dergleichen. Chorin liegt ziemlich im Mittelpunkt des Gauces und ist bequem zu erreichen. Frankfurt a. d. D. sowie Potsdam stimmen vorbehaltlos zu, Widerspruch erfolgte nicht

### Reformbestrebungen in der Weltsprachbewegung

In Nummer 83 schreibt der Esperantist R. Schwenger einen Artikel: „Einiges zur Weltsprache Esperanto“. Der Verfasser schreibt: „Wir erleben in diesen Dingen des öffentlichen und geistigen Lebens, wie die Konkurrenz und gegenseitige Befehdung zweier an sich guter Dinge beiden Teilen nur Abbruch tun, statt daß das Schwächere dem Kräftigen rasch unterliegt.“ Der Verfasser widerspricht sich also, da er einige Sätze vorher die unbedingte Überlegenheit des Esperanto behauptete.

Augenblicklich hat wohl noch die Sprache des Augenarztes Dr. Zamenhof die weitere Verbreitung. Er schuf Esperanto, als er sah, daß sich das Vokabular vom Pariser Schleger wegen seiner Fehler nicht werde durchsetzen können, im Jahre 1887, also vor heute 40 Jahren. Es ist zu sagen, daß Zamenhof wirklich eine außerordentliche Leistung vollbracht hat, aber sollte es ein in einem Manne wirklich möglich sein, eine Sprache, die für Millionen von Menschen bestimmt ist, ohne Fehler zu schaffen? Daß ihm dies nicht gelungen ist, beweisen uns die Fehler des Esperanto selbst. Ich will hier nur ganz kurz einige herausgreifen. Wozu gibt es z. B. in Esperanto sechs künstliche Abergzeichen, die für jede Drucker Neuanschaffungen nötig machen, die auf keiner gewöhnlichen Schreibmaschine geschrieben werden können, und die auch mit

\* Mit diesem für und Wider zwischen Esperanto und Ido dürfte der Bedarf unserer Leser an Einblättern in dieses Thema zunächst wieder einmal gedeckt sein. Weitere Zusendungen werden daher nicht mehr veröffentlicht.

## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Paul Pehold in Leipzig  
Eingetretten: 27. Oktober 1877  
in Leipzig  
Zeit Invalide



Franz Baumann in Leipzig  
Eingetretten: 27. Oktober 1877  
in Leipzig  
H. O. Teubner in Leipzig



Heinrich Wohlers in Lübeck  
Eingetretten: 1. Oktober 1877  
H. O. Mathaens in Lübeck



Heinrich Färber in Lübeck  
Eingetretten: 2. November 1877  
Zeit Invalide

und so galt der Vorschlag des Gauvorstandes, den Gaujungbuchdrucker tag in Kloster Chorin abzuhalten, als angenommen.

Punkt 5: „Bersehiedenes“. Kollege Schulz (Brandenburg) berichtete über eine Jungbuchdruckerfahrt nach Rügen in diesem Jahre und die dabei gemachten Erfahrungen betreffs der Jugendherberge, die nicht sehr angenehm waren, aber überstanden werden mußten. Trotzdem gab Redner der Ansicht Ausdruck, daß solche Jugendausflüge ihre Wirkung in kollektiver Beziehung recht lange ausüben werden. Kollege Fülle riet zur Weitergabe der Beschlüsse an die Zentrale der Jugendherbergen und wies darauf hin, daß es zweckmäßig sei, jetzt schon Reisepartien einzurichten für die Lehrlingsabteilungen zum Besuch der „Prensa“-Ausstellung in Köln im Jahre 1928. Auch empfahl er Beteiligung durch Einwendung von Arbeiten, die aber

nicht zurückgegeben werden können. Auch wurde verwiesen auf eine im Nebenzimmer befindliche Ausstellung von Lehrlingsarbeiten aus Wiesbaden, die Besprechung darüber wurde vertagen.

Gegen 1 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende die Verhandlungen mit Dankesworten an den Verbandsvorstand und die Vertreter und Teilnehmer. Nun wurde in einem in der Nähe befindlichen Restaurant das bestellte Mittagessen eingenommen und danach von einem Teil der Auswärtigen das Verbandshaus unter Führung und freundlicher Erklärung durch Kollegen Seih, Kraus und Barth besichtigt und der ersten Abteilung gefolgt zur Ausstellung „Jungdeutschland“. Einige übriggebliebene Fremdlinge besahen sich Berlin zu Fuß, aber am Abend war alles zur Mühsat bereit bzw. schon abgedampft. E. D.

### An die jungen Kollegen!

Viel ist schon über das Wälzen im „Korr.“ geschrieben worden, Kollegen, und doch — noch lange nicht genug. Immer wieder muß es getan werden, und nehmt es daher einem jungen 19jährigen Kollegen nicht für ungut, wenn er es wagt, auch einmal einen kleinen Appell an seine Altersgenossen und an die Angestrebten, welche schon älter sind, zu richten. Kollegen, warum trauert ihr euch nicht hinaus in die schöne Welt! Was fürchtet ihr denn alle, die ihr an Mutters Rockzipfel festhaltet?! Nun, ich will euch einmal ein wenig von mir erzählen. Vielleicht ahmt der eine oder andre es nach. Es ist nicht viel. Aber denkt es aber, ob ihr alle, die ihr Angst vor der Landstraße habt, nicht den Weg gehen könnt, den ich leider gehen mußte, da ich nicht auf die Landstraße durfte, um aber die Welt auch kennenzulernen. Ich hatte in Leipzig in einer Buch- und Kunstdruckerei ausgeleert und wollte nun, wie das von einem jungen, vorwärtsstrebenden Menschen nicht anders zu erwarten ist, hinaus in die Welt und mir fremden Staub von den Stiefeln wischen. Doch all mein Mühen, in der schlechten Zeit eine Stelle zu bekommen, war vergebens. Da endlich, nach einem halben Jahr, war es mir vergönnt, nach Norddeutschland zu fahren und dort eifrig zu pinnen. Kollegen, ich war froh, als ich Leipzig den Rücken kehren durfte, und nahm daher alles, was mir geboten wurde. In R. in Mecklenburg, wo ich in Ruff stand, war nicht viel los. Es war ein sehr kleines Städtchen und für einen Großstädter gesellschaftlich viel zu tot. Aber in der kleinen Bude konnte man allerhand mit den Augen kosten. Ein Druckerkollege, ein Wiener, fand mit mir dort am selben Tage an. Er kam von der Landstraße und hatte nun eine Menge zu erzählen. Er hatte das „Glück“, Arbeit zu bekommen, und wir bauten nun hier ein halbes Jahrlein herunter. Wir haben uns die Zeit schön vertrieben. Man ist ein ganz anderer Mensch, wenn man frei ist und sich die Hosentüppel selbst aufstücken muß. Habt ihr schon einmal dem Auser der Heide und dem Krauschen der stillen Wälder zugehört, ihr Stubenhocker?! Nein. Gewiß nicht! Nun, ich kann euch sagen, daß es für einen erstnen wie für einen lustigen Menschen nichts Schöneres und Lehrreichereres geben kann. Wir wanderten hinaus an kalten Winterabenden in die Heide und staunten, wie sie in der untergehenden Sonne mit ihrem rotbraunen Heidekraut und der weißen Schneedecke den einsamen Wanderer ruft und ihm ihren Glanz eröffnet. Keir Mensch kann sich diesem Zauber widersehen. Man muß so etwas erlebt haben, um zu sagen, dieser Eindruck läßt sich nicht mit Worten beschreiben. Man findet hier gewissermaßen den Gegensatz von den wortfargen nordischen Bewohnern. Die Heide und der Wald, und der vom Wald herlich umgebene See, sie alle reden zu uns eine Sprache, die wir mit dem innersten Herzen und mit scharfem Naturinn erkaufen müssen, um sie zu verstehen. — Na, Kollegen, unse-

keinem Telegraphen ohne weiteres telegraphiert werden können? — Ferner wird in Esperanto die Bildung der Pluralformen durch Anhängung eines j gekennzeichnet, also: En antaŭj tempoj la plej multaj nova'joj... was bei einem längeren Satz geradezu (durch Radio) unverständlich wirkt und zu Fehlern Anlaß gibt.

Der Vergleich, den der Verfasser zur Weltsprache über die Stenographie bringt, ist gänzlich unangebracht.

Durch die Fehler des Esperanto ist es nun bedingt worden, daß sich eine Reformbewegung im Jahre 1900 bildete, die anfänglich der Weltausstellung in Paris zusammentrat, und der sich eine große Anzahl von Professoren und Gesellschaften angeschlossen. Diese Delegation, die aus Fachgelehrten bestand, reformierte in langjähriger wissenschaftlicher Arbeit Esperanto unter dem Vorst. von Professor Dr. W. Dikwald (Leipzig). Ihrem System gab dieser Ausschuß den Namen Ido, unter dem es auch jetzt noch verbreitet wird. Im Ido sind die Fehler des Esperanto beseitigt worden. Sein Wortschatz ist so international, daß ein Ido-Text von einem sprachlich etwas Gebildeten sofort verstanden werden kann.

Wenn wir den Kampf gegen Esperanto führen, so bekämpfen wir nicht nur ein Sprachsystem, das durch den Fortschritt auf diesem Gebiete schon längst überwunden ist, sondern auch den Geist, der die Esperantobewegung erfüllt, ein Geist, der dem allgemeinen Fortschritt entgegensteht. Esperanto als Sprache ist durch eine leichtere, schönere, logischere und ausdrucksfähigere überholt worden und hat so seine Existenzberechtigung verloren. Die Esperantobewegung ist erfüllt von einem religiösen Fanatismus,

von einem Konservatismus, von einem Autoritätsgeist.

Progreso esas vivo, stagno esas morto; pro to lerneza la mondolingvo Ido! Fortschritt ist Leben, Stillstand ist Tod; darum erlernt die Weltsprache Ido! Zum Schluß gebe ich noch einen sprachlichen Vergleich, damit sich jeder Leser selbst ein objektives Urteil bilden möge. Im Einverständnis der Esperantisten zu begegnen, gebe ich einen Original-Esperantotext mit der Übersetzung in Ido.

#### Vergleichender Text.

Original-Esperanto-Text aus „Germana Esperantisto“	Esperanto	Ido
Leipzig kun siaj multaj kovrita kortoj kaj pasagoj, kiuj ankoraŭ hodiaŭ karakterizas la centran urbon. estis ekspozico kaj provizejo de la komercaĵoj mem, kiuj estis aĉetataj kaj vendataj ĉi tie. Jam dum lastempe de Goethe estis kolkjacentada tradicio jena: la plej grandaj artistoj ekspozitis en Auerbachs Hof' siajn brinjn artaĵojn el oro, argento kaj juveloj, dum en la budoj sur la foirejo precipe ludloj kaj muzikinstrumentoj estis vendataj.	Leipzig kun sia multa korti kovrita e galerii, qui me ankore cadie karakterizas la civito, esis expozeyo e magazinio di vari hike komprata e vendata. Ja lor Goethe yena tradicio esis kelkycentrala: la maxim ecalanta artisti expozis sua splendida ora, arjenta artalaji e juveli en Auerbachs Hof' dume en butiki sur la merkato precipe ludili e muzikinstrumenti esis vendataj.	Leipzig kun sua multa korti kovrita e galerii, qui me ankore cadie karakterizas la civito, esis expozeyo e magazinio di vari hike komprata e vendata. Ja lor Goethe yena tradicio esis kelkycentrala: la maxim ecalanta artisti expozis sua splendida ora, arjenta artalaji e juveli en Auerbachs Hof' dume en butiki sur la merkato precipe ludili e muzikinstrumenti esis vendataj.

Berlin.

Heinz Jacob.

Kunst („Dauerstellung“) dauerte wie gesagt nicht sehr lange. Bald wurde der Wiener an eine andere Bude, in einen anderen Ort, verborst, und dann folgte ich auch bald. Na, ich kam in eine richtige Buchbude. Schuffen mußte man wie ein Stück Vieh, und bezahlen wollte der Alte dann nichts. Jeden Tag habe ich Krach gehabt mit dem Alten. Nur vierzehn Tage habe ich es hier ausgehalten, länger aber nicht. Mein Kollege drängte mich, das es Mai geworden war, mit auf die Waage zu gehen. Auch habe ich alles versucht, die Instanzen, die ich fragen muß, zu einer Zulage zu bewegen. Aber leider erfolglos. Ich wollte nun eben einmal selbst nach Kundenbüste riechen und wäre wohl auch ohne Erlaubnis losgezogen, wenn ich nicht kurz vor dem Ausbruch eine Stelle in W. bekommen hätte, um die ich mich beworben hatte. Natürlich nahm ich nun die Kunst an und iparte mir das Reisegeld, indem ich eine volle Woche Kohldampf geschoben habe. Ich sagte ja schon, daß es auch eine Freude ist, von Stadt zu Stadt zu klinkeln. Und so hatte ich in W. das absolute Gegenteil von R. gefunden. Hier im Süddeutschen imponierten uns die herrlichen Berge, die trinktrohen und redseligen Menschen. Was da oben im Norden wie ein Eisklumpen ist, ist im Süden wie Kraut, Knödel und a Maß Bier. Diesen neuen Ort wieder zu schildern, will ich unterlassen. Seht euch selbst an, was in der Fremde gut und böse, gerecht, wahr und falsch ist, dann kann euch keine „gelehrte“ Allerweltstheorie, die noch nicht aus der Lehrbude oder aus der Vaterstadt herausgekommen ist, etwas erzählen. Ihr werdet für solche Keimkulturen nur ein kleines Lächeln übrig haben. Darum, ihr jungen Kollegen und Altersgenossen, nicht gekümmert. Auch im Winter ist es in andern Städten schöner als in der Heimat.

P. R. (Witzburg).

### Berichtsammlungsbesuch

In Nr. 78 wurde der Artikel des Kollegen J. aus Bochum „Kritik der jungen Kollegen“ veröffentlicht. Diesem möchte ich eine kleine Erwiderung geben. Allerdings will ich nicht so streng mit den jungen Kollegen verfahren, gibt es doch auch noch andre, die sich in den Dienst der Organisation stellen, oder wenigstens gute Berichtsammlungsbesucher sind. Auf der andern Seite sind aber doch sehr viele, bei denen sogar ein Filmvortrag oder ein gutes Referat nicht zieht, zumal wenn gerade an dem Tage ein großes Fußballspiel ist. Sehr nett ist es ja, die Kollegen zu entschuldigen, jedoch die Gründe, die Kollege J. anführt, sind meines Erachtens nicht kritisch genug. Die alten Klagelieder über die jungen Kollegen bestehen mit Recht. Gibt es denn nicht täglich Fälle, die in den Versammlungen behandelt werden müssen. Und ist es denn nicht wichtig für alle, sich dann bei vorkommenden Fällen gestärkt zu wissen? Sind nicht auch die Vorstände bemüht, trotzdem Abwechslung in die Tagesordnung zu bringen, indem sie ein Referat irgendwelcher Art einflechten, aber was ist oft der Dank? Ein leerer Saal oder nur ein und dieselben Kollegen, der Stamm sozusagen. Es wird vorgeklagt, die „Herren Vorstände“ (bei uns gibt es nur Vorstände) mühten eventuell für literarische Vorlesungen usw. sorgen. Ich glaube aber, daß hierbei mancher Vorstand sein blaues Wunder erlebt hat. Haben wir dann eine Gewähr, daß die Kollegen erscheinen? Ich sage nein. Denn wenn die Tagesordnung so langweilig erscheint, dem ist ein derartiger Vortrag noch langweiliger. Auch ist der Bildungsverband bestrebt, für derartige Vorträge zu sorgen. Doch auch hier ist daselbe Klagelied, obwohl diese Sparten eine Fortbildungsstätte sein sollen. Wir wollen also in unsern Versammlungen uns organisatorischen Pflichten erledigen, dazwischen ein nützliches Referat. Da können und müssen wir alle noch recht viel dazu lernen, um allen Gefahren standzuhalten. Zur Bezirksversammlung erscheint der Sonntag nicht günstig, weil man draußen in der Provinz an einem Abend keine Bezirksversammlung abhalten kann, ohne mit der Gewißheit rechnen zu können, am gleichen Tage wieder zurückzufahren. Da doch viele Orte nicht so eng zusammen liegen, muß man doch mit der Möglichkeit der Bahn rechnen. Wenn nun jeden Monat nur eine Bezirksversammlung ist, soll es da nicht möglich sein, zu kommen? Die jungen Kollegen arbeiten gewiß sechs Tage, die andern Berichtsammlungsbesucher aber doch auch. Außerdem hat der Vorstand neben den Versammlungen noch seine Sitzungen und sonstigen Arbeiten zu erledigen und muß doch auch seine Freizeit opfern. Die jungen Kollegen, die nun wirklich in einer Jugendbewegung sind, sollten doch wohl gewerkschaftlich so aufgeklärt sein, daß sie Interesse an unsern Versammlungen und keine Freude am seichten Vergnügen haben. Andre Kollegen möchten den Sportplatz nicht missen! Diese Ausrede will mir nicht in den Kopf. Selbstverständlich kann ich nicht anders annehmen, als daß die bürgerlichen Sportplätze gemeint sind. Denn die Kollegen, die den Arbeiterportvereinen angehören, sind auch in unsern Versammlungen. So oft ist schon geklagt worden, daß leider viele Kollegen auf den Sportplätzen zu finden sind, und nun werden diese gar damit entschuldigt; das ist ein wenig zu viel des Guten. Wir haben schon oft die Probe gemacht und sind uns dessen sicher, daß alle Schwärmer lieber einen Sportplatz besuchen als unsern Versammlungen. Und hierin wurzelt die traurige Tatsache, daß die Kollegen nicht wissen, wozu sie gehören, bis ihnen dann auf einmal das Messer an der Kehle sitzt.

Es gibt auch ältere Kollegen, die an ihre Pflichten erinnert werden müssen und nicht absieht, oder nur am Rasten oder der Maschine zu reden pflegen sollten, sondern

ebenfalls die Versammlung mit ihrem Besuch beehren mühten. Im großen ganzen gehe ich gern zur Versammlung, habe ich doch die Gewähr, stets Neues zu hören und zu lernen. Auf die Mitglieder kommt es an, die Tagesordnung nicht durch nichtige Debatten in die Länge zu ziehen. Kommt dann der zweite Teil nach Schluß der Versammlung, kann man sich noch mit den Familien usw. im Grünen ergehen, und wer wollte da ein Zerförer des alten Buchdruckerhumors sein, der dann waltet! Also ist auch denen Rechnung getragen, die nicht gern in die „schweren Rauchwolken“ gebüßt sein wollen. Hier deckt sich meine Ansicht ganz mit dem Artikel „Unser Bezirksversammlungen“ des Kollegen aus Eberswalde: Unsere Bezirksversammlungen sind keine Herrensparten, und erst nach der Versammlung sollte das heitere Spiel der Fröhlichkeit beginnen. Meine Ansicht ist die: ihr habt die Vorstände aus eurer Mitte gewählt, sie haben genug Arbeit, aber dafür dankt ihnen, indem ihr fleißig die Veranstaltungen besucht und auch manchen Vorschlag mitbringt, dann wird eine gute, rege Verbindung stets bleiben. An die jungen Kollegen aber geht forsch heran, zeigt ihnen, was ihre Pflichten sind, und laßt keine Ausrede gelten, sie haben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Ist die Arbeit dann gemeinsam, so wird ein besseres Ausdehnlust nicht ausbleiben.

W o r m s a. Rh.

P a u l E u g e n.

### Die Internationale - der Weltfrieden!

Locarno — das bedeutet für die Weltpolitik den Geist der Versöhnung und des Weltfriedens. Sehen wir uns aber dieses Locarno ein wenig schärfer an, dann kommen wir unmittelbar zu der Erkenntnis, daß unreife Staatsmänner von diesem Geist noch ziemlich weit entfernt sind. Jeder Staat ist darauf bedacht, den andern zu übervertreiben. Wer ist aber der Staat? Den Staat bilden wohl die Staatsangehörigen aller Richtungen. Aber haben wir auch dementsprechend mitzubestimmen? Bis jetzt leider nein!

Mit Beugung haben jedenfalls alle Kollegen das harmonische Zusammenarbeiten unser Vertreter mit den Delegierten der andern Nationen anlässlich des Internationalen Buchdruckerkongresses in Paris festgestellt. Befleht von dem Gedanken der Versöhnung und des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft des Buchdruckerwesens, haben sich alle Vertreter ihrer Aufgabe würdig entledigt und den Wert des Zusammenschlusses zum Ausdruck gebracht.

Ganz besonders freudig begrüßt wurde sicher allgemein die herzliche Aufnahme gerade unser Vertreter und ihre Werkschätzung bei unsern französischen Kollegen. Hier sehen wir erst recht, wie es sich bei einigem guten Willen überall auf einer Einigung kommen läßt. Und Kollegen, dürfen wir aus dieser Erwägung heraus nicht den freudigen Schluß ziehen, daß auch bei den andern Arbeiterverbänden genau so ein friedliches Zusammenwirken der einzelnen Nationen möglich ist wird — wenn sie nur wollen; denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Wir dürfen das Recht in Anspruch nehmen, auch hier wieder vorbildlich zum Wohle der Menschheit gewirkt zu haben. Wenn in den andern Arbeiterverbänden die gleiche Einigkeit erzielt wird, wenn diese dann wiederum zusammen arbeiten und gemeinschaftlich den Kampf gegen alle Feindseligkeiten innerhalb der Nationen den Kampf gegen das Kapital aufnehmen und intensiv führen, dann, Kollegen, glaube ich, dürfen wir auf eine bessere Zukunft der Arbeiterklasse des Erdballs hoffen und werden sie auch erfahren. — Darum, Kollegen, gibt es für uns nur eine Aufgabe, an die wir uns machen wollen: Stehe jeder auf seinem Platz und wirke und werbe zunächst für die einzelnen Organisationen der Arbeiterschaft, sei dies in beruflicher, sportlicher, geistlicher oder politischer Hinsicht. Gehen wir weiter mit gutem Beispiel voran und betrachten alle organisierten Arbeiter als unsre Arbeitsbrüder, überwinden wir den Haß der Nationen, indem wir durch unsre Stimme dafür sorgen, bei den maßgebenden Instanzen unsern Friedenswillen kundzutun, helfen wir, der Internationale der Arbeiterschaft den Weg zu ebnen, dann können wir sagen: Was geschehen konnte, haben wir getan. Die Wirkung wird nicht ausbleiben, wenn sie auch erst spät kommt.

b. w.

### Die Neuordnung des Reiches und die Arbeiter

Der Gedanke des deutschen Einheitsstaates ist alt. Hervorgegangen aus der Zerissenheit des Deutschen Reiches, beschäftigt er schon seit einem Jahrhundert die Geister, ohne bisher seine volle Verwirklichung gefunden zu haben. Die alte, vielversprochene Kleinstaaterei im vorzüglichen Sinne hat der modernen Entwicklung Raum geben müssen. An den Ländergrenzen sind die Schlingebäume in Wegfall gekommen. Die Zölle, Scherereien und Plaudereien, wie sie früher bei dem Abtritt von einem Ränzchen in das andre üblich waren, haben aufgehört. Deutschland ist ein innerlich geschlossener Reichstaat geworden. Nach wie vor ist es aber kein Einheitsstaat, sondern ein Bund von Einzelstaaten. Werden diese auch nicht mehr als Bundesstaaten, sondern als Länder bezeichnet, so ist doch der föderative Charakter des Reiches im wesentlichen unverändert geblieben. Die Staatsgewalt liegt nicht einheitlich beim Reich. Nur in den durch die Verfassung festgelegten Reichsangelegen-

heiten, d. h. in den Fällen, wo dem Reich die ausschließliche Gesetzgebung zuerkannt wurde, besteht die Einheitlichkeit. In allen andern Fällen liegt die Gesetzgebung wie auch ihre Durchführung in den Händen der Länder, soweit nicht dem Reich ein konkurrierendes Gesetzgebungsrecht zusteht.

Nicht zu bestreiten ist, daß die Weimarer Verfassung die Autonomie der Länder eingeschränkt, die des Reiches wesentlich erweitert hat. Hierzu trieb schon der durch den Krieg hervorgerufene riesige Bedarf an öffentlichen Mitteln, das Bedürfnis nach großen Steuerquellen, die ohne Vereinheitlichungen und ohne Eingriffe in die Steuer- und Staatshoheit der bestehenden Einzelstaaten nicht zu erschließen waren. Es zeigt sich aber je länger desto mehr, daß der so geschaffene Zustand den vorhandenen Bedürfnissen nicht genügt und daher nicht zu befriedigen vermag. Das Verfassungswerk von Weimar ist nur halbe Arbeit geblieben und fordert seine Fortsetzung und Vervollendung in der Richtung einer vollständigen Reichseinheit. Bezeichnend hierfür ist, daß sowohl bei den Gemeindeverwaltungen wie bei den Ländern die Überzeugung wächst, daß dem dort bestehenden Finanzelend nur auf diese Weise ein Ende gemacht werden kann. Das geht auch aus den Mitteilungen über vor kurzem in Berlin gepflogenen Beratungen zwischen Vertretern der Länder und Vertretern der Reichsregierung hervor, bei denen u. a. das bestehende staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern sowie die Frage einer Neugliederung des Reiches besprochen wurde. Der preussische Ministerpräsident Braun hat hierüber mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Entwidlung naturnotwendig zum Einheitsstaat führen müsse. Das positive Ergebnis der Verhandlungen war das Einverständnis der anwesenden Vertreter, das besprochene Problem in einer Sonderkonferenz weiter zu behandeln, um so seiner allgemein als notwendig anerkannten Lösung näherzukommen.

Dieser Beschluß hat begrifflicherweise Aufsehen erregt und ist von erheblicher Bedeutung, weil dadurch die Frage der Reichseinheit von neuem aufgerollt wird. Ob nun auch ihre baldige Lösung erfolgt, ist freilich fraglich, da hierbei mit sehr erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen ist. Diese Schwierigkeiten ergeben sich aus der geschichtlichen Entwicklung des Deutschen Reiches und seiner Länder. Selbst Bismarck wagte es bei der Reichsgründung im Jahre 1871 nicht, der in Deutschland herrschenden Kleinstaaterei ein Ende zu machen und mußte sich im Hinblick auf die vorhandenen Widerstände damit begnügen, das Reich auf föderativer Grundlage aufzubauen. In der Hauptsache waren es dynastische Interessen, die dem Zusammenschluß der damals vorhandenen 26 deutschen Vaterländer im Wege standen, obgleich zum mindesten ein Teil dieser Staaten schon zu jener Zeit keine Existenzberechtigung mehr hatte. Das traf erst recht am Ende des Weltkrieges zu. Die staatliche Umwälzung des Jahres 1918 sowie die neue Reichsverfassung haben an diesen Verhältnissen nichts Wesentliches verändert. Wohl sind die monarchistischen Spigen verschwunden. Aber noch immer bestehen in Deutschland neben der Reichsregierung nicht weniger als 18 Länderregierungen mit ebensoviel Parlamenten, 69 Ministern, 42 Senatoren und gegen 2000 Abgeordneten. Es ist das ein Apparat, der, wie Dr. Hilferding auf dem Parteitag in Kiel feststellte, dem deutschen Volke jährlich die „Kleinigkeit“ von 15 Millionen Mark kostet und als überflüssig zu bezeichnen ist.

Der angeführte Aufwand ist jedoch nur ein kleiner Teil der durch die Zerpflitterung des Reiches entstehenden Kosten. Er erhöht sich ganz beträchtlich dadurch, daß jedes Land eine oberste Verwaltung, seine eigene Gesetzgebung und zum Teil eigene Steuern neben den Reichssteuern erhebt, wodurch eine die Gesamtlage völlig unübersichtlich machende Buntheit entsteht. Ferner gliedern sich die einzelnen Länder nicht nach Wirtschaftsbezirken, sondern immer noch nach den Grenzen, wie sie das früher herrschende monarchistische Gottesgnadenbum bestimmt. Die unausbleibliche Folge ist eine Verwaltungs-, forgesetzte Reibungen, Zuständigkeits-, Verwaltungs- und Rechtschwierigkeiten, die eine ungeheure Verschwendung an Kraft und Mitteln verursachen. Daneben wirkt dieser Zustand aber auch hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung ein und belastet die Steuerzahler in einem Umfange, der sich leider nicht feststellen läßt, sicher aber sehr erheblich ist.

Von Bernunft und Zweckmäßigkeit läßt daher die gegenwärtige Zerpflitterung des Reiches nichts erkennen. Ebenwenig ist in dem Aufbau des Verwaltungsapparats der Länder etwas von einer Einwirkung der die gesamte deutsche Wirtschaft bewegenden Rationalisierungsbestrebungen zu bemerken. Hier herrscht fast noch völlig die alte Tradition. Unter dem Druck der Inflationswirkungen und den Verpfichtungen des Dawes-Planes wurde zwar ein Teil der Beamtenstaffel abgebaut. Besondere finanzielle oder organisatorische Erfolge wurden aber mit diesem vielfach rein schematischen Vorgehen nicht erzielt. Insbesondere haben die öffentlichen Kassen dadurch keine fühlbare Verminderung erfahren; sie sind sogar wieder im Steigen begriffen. Und dieser Zustand muß bestehen bleiben, solange man nicht an eine durchgreifende Änderung der Verwaltungsorganisation der Länder und des Reiches herantritt, für die durch Herbeiführung des Reichseinheitsstaates eine völlig neue Grundlage schafft. Diese ist erforderlich, wenn den Anforderungen entsprochen werden soll, die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit ergeben.

An einer Änderung in diesem Sinne haben die Arbeiter sowohl als Staatsbürger wie als Steuerzahler ein erhebliches Interesse. Solange die Einheitlichkeit des Reiches

nicht hergestellt ist, kann, wie Hifferding auf dem Kieler Parteitag mit Recht hervorhob, von einer wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden keine Rede sein. Desgleichen ist es unzulässig, daß das Reich in den wichtigsten Kultur- und Schulaufgaben, insbesondere dem Schulwesen, lediglich auf die Aufstellung von Grundrissen beschränkt ist, ihre Durchführung aber dem guten Willen der Länder überlassen bleibt. Nicht besser ist es mit dem Post- und Luftwesen bestellt. Von der Durchführung des Grundgesetzes: Ein Reich, ein Reich! sind wir trotz der über 50 Jahre zurückliegenden Reichsgründung noch recht weit entfernt. Jedes Land verzögert über seine besondere Zuständigkeit und Gewerkschaftsverwaltung. Die hieraus hervorgehenden Mißstände schreien nach Beseitigung, die Klagen über Klassenjustiz wollen nicht verstummen! Das ist nur zu begreiflich, findet doch die Klassenjustiz in diesen Verhältnissen ihren besten Nährboden, abgesehen davon, daß sich ihrer Bekämpfung so die größten Schwierigkeiten entgegenstellen.

Es gab eine Zeit, wo die Kleinindustrie in Deutschland für die organisierten Arbeiter noch gewisse Vorteile hatte. Während des Sozialistengesetzes konnte die Reaktion und Polizeiwillkür sich nicht in allen Bundesstaaten in gleicher Weise austoben. Einzelne dieser Länder boten den auf Grund des Sozialistengesetzes Verfolgten einen willkommenen Unterschlupf. Auch die Gewerkschaften wurden in die Notwendigkeit verfaßt, ihre Geschäftsleitungen in diesen Ländern anzusetzen. Das ist aber heute vorbei, und für Arbeiter kommen dahingehende Gesichtspunkte nicht mehr in Betracht. Die Gewerkschaftsbewegung ist wie die politische Arbeiterbewegung zu groß geworden, als daß man gegen sie noch in ähnlicher Weise wie unter dem Sozialistengesetz vorgehen könnte. Daraus, wie auch infolge der eingetretenen wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen ergibt sich für die Arbeiter eine andere Einstellung zu Staat und Reich; können sie nicht anders, als die Verwirklichung des staatlichen Einheitsgedankens zu vertreten. Die heutige Sicherung des Reiches ist nicht mehr zeitgemäß. Überlebendes und Neugewordenes stehen zueinander im schroffen Gegensatz. Die Kleinindustrie ist nicht mehr die Hort der Demokratie, sondern teilweise zu Schlupfwinkeln der schwärzesten Reaktion geworden. Dadurch wird die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung behindert. Diese Hindernisse zu beseitigen und dem Fortschritt den Weg frei zu machen, ist deshalb eine wichtige Aufgabe, die an ihrer Lösung auch die Mitwirkung der Arbeiter erfordert.

### Sozialpolitik und bürgerliches Recht

#### Beiträge und Leistungen in der Arbeitslosenversicherung

Die Mittel zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung wie auch der Arbeitsvermittlung werden durch Beiträge der Unternehmer und Versicherten aufgebracht. Sie tragen je zur Hälfte getragen. Freiwillig Versicherte tragen die Beiträge allein. Zur freiwilligen Weiterversicherung sind berechtigt Angestellte, die wegen Überschreitung der angestelltenversicherungspflichtigen Gehaltsgrenze aus der Versicherungspflicht auscheiden.

Die Beiträge für Versicherungspflichtige sind zu unterscheiden: 1. soweit die Versicherten für den Fall der Krankheit versichert sind, als Zuschläge zu den Krankentafelbeiträgen und mit diesen, 2. soweit die Versicherten nicht für den Fall der Krankheit versichert, aber angestelltenversicherungspflichtig sind, an die Krankentafel, bei der sie für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst nicht die Grenze der Krankenversicherungspflicht (zurzeit 3600 M.) übersteige, für knappschaftlich versicherte Angestellte jedoch an die Reichsknappschaft. Für Angehörige der Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gelten wiederum abweichende Bestimmungen.

Der Beitrag richtet sich demnach wie bisher nach dem Grundlohn, den die Krankentafel für die Berechnung ihrer Beiträge zugrunde legt. Diese Beitragsbemessung ist zu unterscheiden von der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung, die von einem Einheitslohn vor sich geht. Als Höchstgrundlohn haben die Krankentafeln ab 1. Oktober 1927 10 M. pro Kalendertag festzusetzen. Die Höchstgrenze gilt auch dann, wenn nach der Zahlung der Grundlohn nach dem wirklichen Arbeitsverdienst bemessen wird. Ist letzteres der Fall, so werden die Beiträge und Leistungen nach diesem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet. Ist der wirkliche Arbeitsverdienst über 70 M. pro Woche, so bleibt der überschüssige Betrag außer Anschlag.

Mit dieser Neuregelung sind bisher bestehende große Ungleichheiten bei gleich hohen Löhnen beseitigt. Vor dem 1. Oktober konnten die Krankentafeln den Höchstgrundlohn in Lohnstufen oder Mitgliederklassen auf 5 M. pro Kalendertag festsetzen. War das der Fall, so wurde im Höchstfalle als Erwerbslohnbeitrag 3 Proz. von 35 M. pro Woche erhoben, also 1,05 M. War der Höchstgrundlohn jedoch auf 10 M. festgelegt, so betrug der Beitrag 2,10 M. Sollte die Krankentafel aber die Beitragsbemessung nach dem wirklichen Arbeitsverdienst eingeführt, so betrug auch der Beitrag zur Erwerbslohnunterstützung 3 Proz. dieses wirklichen Arbeitsverdienstes. Nehmen wir an, ein Versicherter bezog 80 M. pro Woche, so würde für ihn bei der ersten Klasse 1,05 M., bei der zweiten Klasse 2,10 M. und bei der dritten Klasse 2,40 M. Erwerbslohnbeitrag zu zahlen gewesen sein. Nun können die Krankentafeln die Beiträge zum Teil nach Lohnstufen, zum Teil nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnen. Das geschieht dann meistens so,

daß für kleinere Betriebe das erste und für größere das letztere System angewandt wird. Gering nur die Lohnstufeneinteilung bis 10 M. gleich 70 M. wöchentlich, so betrug der Beitrag z. B. für einen Maschinenseher einer kleinen Druckerei mit 100 M. Wochenlohn 3 Proz. von 70 M., für den Maschinenseher der größeren Druckerei mit 100 M. Wochenlohn aber 3 Proz. von 100 M. Also eine Differenz von 90 Pf. beim Gesamtbeitrag. Ab 1. Oktober ist der Gesamtbeitrag in allen Fällen 3 Proz. von 70 M. gleich 2,10 M. oder 1,05 M. für den Versicherten. Verdient der Versicherte mehr als 70 M., so wird der überschüssige Verdienst nicht berücksichtigt. Diese allgemeine Regelung erfährt aber eine Ausnahme. Krankentafeln, die am 1. Juli 1927 bereits einen höheren Grundlohn als 10 M. für den Kalendertag hatten, sind berechtigt, mit Zustimmung beider Gruppen im Ausschuss den bisherigen Höchstlohn beizubehalten, wenn und soweit eine Herabsetzung ohne Beitragsverhöhung nicht möglich ist. Dieser Beschluß bedarf daneben noch der Zustimmung des Oberversicherungsamts. Die Krankentafeln nehmen nun den Standpunkt ein, daß in diesen Ausnahmefällen auch der Arbeitslohnbeitrag von dem über 10 M. pro Kalendertag hinausgehenden Verdienst erhoben werden kann, weil nach § 150 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes die Beiträge für die Pflichtversicherten in Bruchteilen des Grundlohnes (Lohnstufen, Mitgliederklassen, wirklicher Arbeitsverdienst) festzusetzen sind, der nach der Reichsversicherungsordnung für die Beiträge zur Krankenversicherung maßgebend ist. Damit würde hier wieder eine Rechtsungleichheit geschaffen. Ob dies den Wünschen des Gesetzgebers entspricht, kann immerhin zweifelhaft sein.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bestimmt sich nach dem Arbeitsentgelt. Damit ist eine grundlegende Änderung gegenüber der bisherigen Erwerbslosenfürsorge eingetreten. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht elf Lohnklassen vor und legt der Bemessung der Unterstützung in jeder Lohnklasse einen Einheitslohn zugrunde. Von diesem Einheitslohn wird dann ein bestimmter Prozentsatz als Hauptunterstützung gewährt. Je niedriger die Lohnklasse ist, je höher ist der Prozentsatz. Als Familienzuschlag werden dann für jeden zuschlagsberechtigten Familienangehörigen 5 Proz. des Einheitslohnes gewährt. Jedoch ist die Gesamthöhe begrenzt. Aus der nachstehenden Tabelle sind zu ersehen die Lohnklassen, der Einheitslohn der Klassen und die zu zahlenden Prozentsätze, gestaffelt nach der Zahl der Familienangehörigen, ferner die Wochen- und Tagesunterstützung.

Lohnklasse	Wöchentliches Arbeitsentgelt	Einheitslohn	Die Unterstützungssätze betragen für				
			Hauptunterstützung		Hauptunterstützungsempfänger mit zuschlagsberechtigten Angehörigen		
			1	2	3	4	5
In Prozent vom Einheitslohn							
I	über 10 bis 14	8	75	80	80	80	80
II	über 14 bis 18	12	65	70	75	80	80
III	über 18 bis 24	16	55	60	65	70	75
IV	über 24 bis 30	21	47	52	57	62	67
V	über 30 bis 36	27	40	45	50	55	60
VI	über 36 bis 42	33	35	40	45	50	55
VII	über 42 bis 48	39	30,5	35,5	40,5	45,5	50,5
VIII	über 48 bis 54	45	35	40	45	50	55
IX	über 54 bis 60	51	35	40	45	50	55
X	über 60	57	35	40	45	50	55
XI	über 60	63	35	40	45	50	55
Pro Woche in Mark:							
I	über 10 bis 14	8	6,00	6,40	6,40	6,40	6,40
II	über 14 bis 18	12	7,80	8,40	9,00	9,60	9,60
III	über 18 bis 24	16	8,80	9,60	10,40	11,20	12,00
IV	über 24 bis 30	21	9,90	10,95	12,00	13,05	14,10
V	über 30 bis 36	27	10,80	12,15	13,50	14,85	16,20
VI	über 36 bis 42	33	13,20	14,85	16,50	18,15	19,80
VII	über 42 bis 48	39	14,03	16,03	18,03	20,03	22,03
VIII	über 48 bis 54	45	15,75	17,65	19,55	21,45	23,35
IX	über 54 bis 60	51	17,55	20,40	23,25	26,10	28,95
X	über 60	57	19,35	22,80	25,65	28,50	31,35
XI	über 60	63	22,05	25,20	28,35	31,50	34,65
Pro Tag in Mark:							
I	über 10 bis 14	8	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07
II	über 14 bis 18	12	1,30	1,40	1,50	1,60	1,60
III	über 18 bis 24	16	1,47	1,60	1,73	1,86	1,99
IV	über 24 bis 30	21	1,55	1,68	1,81	1,94	2,07
V	über 30 bis 36	27	1,80	2,03	2,25	2,48	2,70
VI	über 36 bis 42	33	2,20	2,48	2,76	3,03	3,30
VII	über 42 bis 48	39	2,44	2,77	3,09	3,42	3,74
VIII	über 48 bis 54	45	2,63	3,08	3,58	3,73	4,18
IX	über 54 bis 60	51	2,96	3,46	3,96	4,46	4,96
X	über 60	57	3,33	3,90	4,47	5,03	5,60
XI	über 60	63	3,68	4,20	4,72	5,25	5,78

Für die Zugehörigkeit des Arbeitslosen zu der einzelnen Lohnklasse ist das Arbeitsentgelt maßgebend, das er im Durchschnitt der letzten drei Monate seiner Arbeitstätigkeit vor der Arbeitslosmeldung bezogen hat. Soweit er in dieser Zeit infolge Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsklasse übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war, ist das Arbeitsentgelt zugrunde zu legen, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte. Bei Kurzarbeit wird also trotzdem der volle Wochenverdienst berechnet.

Der Arbeitslose hat in Zukunft bei der Antragstellung auf Unterstützung glaubhaft zu machen, daß und wie lange er in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden hat. Er hat ferner die Höhe seines Arbeitsentgelts in den letzten drei Monaten und den Grund, aus dem sein letztes Arbeitsverhältnis gelöst worden ist, sowie diejenigen in seinen Familienverhältnissen liegenden Tatsachen darzulegen, deren Kenntnis für die Festlegung der Unterstützung erforderlich sind.

Der Unternehmer ist verpflichtet, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf Verlangen eine Bescheinigung auszustellen, aus der Art, Beginn, Ende und Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Ar-

beitsverdienstes und eine anlässlich des Ausscheidens etwa gewährte Abfindung oder Entschädigung hervorgeht. Die Arbeitsämter geben Einheitsformulare für diese Bescheinigungen heraus. Weigert sich ein Unternehmer, eine solche Bescheinigung auszustellen, so ist er nach § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schadenersatzpflichtig. Der durch die verweigerte Ausstellung entfallende Schaden (im Regelfall die entgangene Unterstützung) ist beim Arbeitsgericht einzuklagen. Besonders beim Ortswechsel ist dringend zu empfehlen, die vorchriftsmäßige Bescheinigung sich ausstellen zu lassen, damit, wenn später am neuen Konditionsort Arbeitslosigkeit eintritt, die Besolde zur Hand sind. Gleichfalls lasse man sich die Angaben über Beginn und Ende des Arbeitsverhältnisses sowie die Höhe des Lohnes von der zuständigen Krankentafel bestätigen. Wir haben den Eindruck, daß die Arbeitsämter reichlich sparsamlich vorgehen in Bezug auf Beibringung der Unterlagen. Die Praxis führt hoffentlich bald zu einem einfacheren Verfahren.

Für die Übergangszeit gelten bezüglich der Unterstützungen eine Reihe wichtiger Bestimmungen. Alle Arbeitslosen, die beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes bereits unterstützbar waren, behalten grundsätzlich die Unterstützung bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem 1. Oktober 1927 in der bisherigen Höhe und für die bisher festgesetzte Dauer.

Würde also ein Erwerbsloser, für den die Höchstbezugsbauer nach den alten Bestimmungen 52 Wochen betrug, am 1. Oktober bereits 26 Wochen Unterstützung bezogen haben, so könnte ihm auf Grund der Übergangsvorschriften noch weitere 26 Wochen Unterstützung, also bis zum 1. April 1928, gewährt werden.

Um zu vermeiden, daß die übernommenen Arbeitslosen, die einen hohen Arbeitslohn hatten, niedrigere Unterstützung beziehen als die nach dem 1. Oktober 1927 arbeitslos werdenden Personen mit gleich hohem Arbeitslohn, bestimmt das Gesetz, daß sie die Bemessung ihrer Unterstützung nach den neuen Vorschriften beantragen können. Der Zeitpunkt, an dem die Höherbemessung der Unterstützung eintritt, wird jedoch noch besonders festgelegt, spätestens kommt der 1. Dezember 1927 in Frage. Für Empfänger von Krisenunterstützung gilt diese Sondervorschrift nicht.

Scheiden übernommene Arbeitslose wegen Arbeitsaufnahme aus der Unterstützung aus, und werden sie nach mindestens vier Wochen wieder erwerbslos, so bemisst sich die Unterstützung nach den neuen Vorschriften, also dem Lohnklassensystem. Diese Bestimmung kann für gering Entlohnung dazu führen, daß sie nunmehr weniger Unterstützung erhalten als vorher. Besonders beachtenswert ist, daß Arbeitslose, denen die Unterstützung auf Grund der Erwerbslosenfürsorgeverordnung versagt worden ist, die Unterstützung nach dem neuen Gesetz erneut beantragen können. In Frage kommen insbesondere Söhne und Töchter von Personen mit höherem Verdienst, denen die Unterstützung abgelehnt war, weil keine Bedürftigkeit bestand, ebenso Personen, denen die Unterstützung verweigert war, weil sie unter 16 Jahre alt waren.

Die Arbeitslosenunterstützung ist bekanntlich jetzt abhängig von dem Ausmaß einer zehnwöchigen Beschäftigung. Um Härten für die Übergangszeit zu vermeiden, bringt die Verordnung über die Krisenfürsorge vom 28. September 1927 die Möglichkeit, daß Personen, die die Anwartschaftszeit nicht erfüllt haben, aber in der vorgeschriebenen Zeit wenigstens 13 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden haben, 26 Wochen lang Krisenunterstützung erhalten können. Diese Unterstützung wird aber nur bei Bedürftigkeit gewährt. Die Krisenunterstützung bemisst sich nach dem Lohnklassensystem der Arbeitslosenunterstützung, jedoch gelten für Angehörige der Lohnklassen VI und VII die Sätze der

Lohnklasse VI, für Angehörige der Lohnklassen VIII und IX die Sätze der Lohnklasse VII, für Angehörige der Lohnklassen X und XI die Sätze der Lohnklasse VIII.

Im bestimmten Umfang wird der Verdienst des Arbeitslosen und seiner Angehörigen angerechnet. Die alten Krisenunterstützungsempfänger behalten ihre alten Sägen. Treten sie wieder in Arbeit und werden sie nach mindestens vier Wochen wieder arbeitslos, so bemisst sich die Krisenunterstützung nach den genannten Sätzen. P. L. o.

#### Gesetz über Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft

Die Folgen des Weltkrieges forderten gebieterisch einen Ausbau des Mutterfußes. Eine, wenn auch unzureichende Schutzbemessung entfiel bisher die Gewerbeordnung in ihrem § 137 Ziffer 6, wonach Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt werden durften. Von diesen acht Wochen mußten mindestens sechs Wochen nach der Niederkunft liegen. Erhöhter Antriebe erhielten die Mutterfußbestrebungen durch das Washingtoner Abkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft vom 29. November 1919. Der Reichstag nahm am 30. Juni 1926 eine Entschließung an, in der eine alsbaldige Anpassung der Gesetzgebung an das Washingtoner Abkommen gefordert wurde. Damit sollte erreicht werden, daß diese wichtige Materie noch vor Verabschiedung des geplanten Arbeiterschutzgesetzes geregelt wurde.

Das nunmehr vorliegende, am 1. August 1927 in Kraft getretene Gesetz geht in einzelnen Punkten weiter als das



verein Nordhausen im WDB, erhebt schärfsten Widerspruch gegen den v. Kreibitzschen Reichsschulgesetzentwurf, weil er verfassungswidrig ist; weil er die deutsche Volksschule in leistungsfähige Zwergschulen zerlegt, dadurch die Schulunterhaltungskosten bedeutend erhöht und das Bildungsniveau erheblich herabdrückt; das Volksschulwesen unter erhöhten Einfluß der Kirche bringen will; der Bekennerschule, welche unzeitgemäß, unwissenschaftlich und innerlich unwahr ist, eine Vorrangstellung gibt gegenüber der weltlichen Gemeinschaftsschule, die allein als Schule der werdenden Gesellschaft unser Ideal sein kann.“ Aus dem Karstellbericht sei hier erwähnt, daß der bisherige langjährige erste Vorsitzende des Gewerkschaftsrates Kollege Otto Plagemeyer von seinem Posten zurückgetreten und dieser dem Genossen Weimar übertragen worden ist. Gewünscht wurde nur, daß unter der neuen Leitung das Karstell nichts von seiner bisherigen Aktivität einbüßen möchte. Allgemeine Enttäufung löste die gegenwärtig einsetzende Teuerung aus wirtschaftlichem Gebiete aus. Untergang wurde dem Vorstand aufgegeben, die Stimmung der Versammlung unserer Verbandsleitung zu übermitteln, damit diese an den zuständigen Stellen verfuhr, der Preissteigerung Einhalt zu tun oder aber Lohnverhöhungen einzuleiten. Am Schluß der Versammlung hob Kollege Fr. Baumhach als Vertrauensmann der Büchergilde Gutenberg deren Vorzüge hervor und forderte die noch fernstehenden Kollegen zum Beitritt auf.

**Nürnberg.** In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 16. September gedachte Vorsitzender Grösch in beweglichen Worten ehrennd vier in den letzten drei Wochen verstorbenen Kollegen. Die Versammlung ehrte deren Gedächtnis in üblicher Weise. Hierauf berichtete Kollege Grösch über die Verhandlungen des Gautages. Die Ausführungen wurden von einem großen Teil der Kollegen mit Aufmerksamkeit aufgenommen. Sodann nahm Kollege Brandmüller zu Punkt 2, „Beitragserschöpfung zum Bau eines Volkshauses in Nürnberg“, in längerer Ausführungen Stellung. Er betonte die Wichtigkeit des Beschlusses des Ortsausgusses, da für Nürnberg ein Volkshaus zur unbedingten Notwendigkeit geworden ist. Die Abstimmung über die Erhöhung des Beitrages zu diesem Zweck ergab ohne nennenswerte Diskussion die Annahme des Antrages gegen acht Stimmen. Als Revisor wurde ein Kollege neugewählt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß wie früher vom Ortsausguss des WDB. Ferienreisen unternommen werden und dementsprechende Anordnungen eventuell für nächstes Jahr wieder in die Wege geleitet werden. Mit einer Aufforderung an die Kollegen, sich die Einrichtung unserer Fachschule zunutze zu machen sowie in den Betrieben mehr kollegiales Verhalten als den Tag zu legen, wurde die von 160 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

**Pasau.** Inste Herbstbezirksversammlung fand am 18. September in Pfarrkirchen statt. Am Vorabend wurden die Passauer und Bischofener Kollegen von den Kollegen des Ortsvereins Pfarrkirchen am Bahnhof empfangen und ins Vereinslokal geleitet, wo bereits eine große Schar Buchdruckerfreunde sich zum Empfangskonzert eingefunden hatte. Musik, Gesangsbelegungen des Sängerkreises „Harmonie“, Begrüßungsansprachen, Preisquadrälchen usw. hielt die Kollegen noch lange beisammen. Am Sonntagvormittag fand die Bezirksversammlung statt, in welcher Bezirksvorsitzender Köbl (Pasau) ausführlich über den Gautag in München berichtete, woran sich eine lebhaft ausgeprägte Diskussion über den Vorhänger Wolfbauer des Bildungsverbandes, Ortsgruppe Pasau, zum zusammengefassten Druckausstellung mit kurzem Referat über den Bildungsverband fand allgemeines Lob. — Nachmittags vereinte wieder ein gutes Konzert alle bis zur leider zu frühen Morgenunde. Der kleine Ortsverein hatte wirklich viel geleistet, um den auswärtigen Kollegen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen.

**Pirna.** Zu unserer Bezirksversammlung, verbunden mit Lehrlingskonferenz, am 25. September im neuen Naturfreundehaus in Königstein waren erschienen von Pirna 23 Gehilfen, 5 Lehrlinge, Gehilfin 10 Gehilfen, 6 Lehrlinge, Kaufstadt i. Sa. 9 Gehilfen, ein Lehrling, Schandau 5 Gehilfen, Königstein 2 Gehilfen 2 Lehrlinge, Dohna ein Lehrling, Heidenau ein Gehilfe, ein Lehrling. Der Begrüßung durch Bezirksvorsteher Farlaß (Pirna) und Kollegen Bräuer (Königstein) folgte ein Willkommengruß der Naturfreundehausverwaltung durch Kollegen Friedemann a. N. Hierauf hielt Gauvorsteher Freitag (Dresden) einen Vortrag über „Die Entwicklung des Arbeitsrechts und des Arbeitsgerichtsgesetzes“. Für seine äußerst instruktiven Ausführungen wurde ihm allgemeiner Beifall und Dank gezollt. Eine Debatte fand nicht statt. Sodann entlegte sich Kollege Farlaß seines Berichtes über die Bezirksvorsteherkonferenz in Dresden. Die Berichte aus den Mitgliedschaften zeigten von allerorts tariflich geregelten Verhältnissen. Einmütig erklärte man sich für Verschärfung des nächstjährigen Gautages auf 1929 nach der Verbandsgeneralversammlung. Nach einer Aussprache über Lokaltarif, Lehrlingsordnung usw. fand die Tagung mit der Aufforderung zu weiterer regen Versammlungsbesuch ihr Ende. — Nach gemeinsamem Mittagsmahl erfolgte die Verschickung des neuen Naturfreundehauses unter Führung des Kollegen Friedemann (Pirna). Mit vollster Befriedigung über das Gesehene und über die vorzügliche und preiswerte Bewirtung schied man von diesem aus eigener Kraft geschaffenen Arbeiterheim, das jedem wandernden und im Genuß von Ferien stehenden Kollegen nur warm empfohlen werden kann. Die beabsichtigte Besteigung des Falkensteins mußte wegen der in Tätigkeit getretenen himmlischen Dauerbrause unterbleiben. Und so zog das Buchdruckerwörterchen mit zahlreichen Angehörigen über den Elbstrom nach der Stadt Königstein, um bis zum Abgang der Büge noch einige ungetrübte Stunden zu verleben.

**Rosenheim.** Zu unserer Herbstbezirksversammlung am 18. September in Traunstein hatten sich trotz weiter Entfernung und unangenehmer Witterung viele Kollegen und einige Lehrlinge zusammengefunden. Vorsitzender Friederich ergriffte nach der üblichen Begrüßung

Bericht über den 28. Gautag. Die Orte Grasling und Grassau wurden unsern Bezirk neu zugeteilt. Gauvorsteher Strauß sprach sodann über „Wirtschaftliche und gewerkschaftliche Zeitfragen“. Redner vorbereitete sich u. a. eingehend über das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz, freite das Arbeitsgerichtsgesetz und erntete für seine äußerst nützlichen Ausführungen nicht nur Anerkennung, sondern auch aufrichtigen Dank. Hierauf kam ein besonders krafter Fall von Tarifungehung zur Sprache. Eine Druckerei in Traunstein beschäftigt seit einigen Wochen einen gelerntem „Konditor“ an ihrer Sechsmaschine. Laut einer Zuschrift des betreffenden Inhabers sollen die bösen Gehilfen selbst die Schuld an dieser Maßnahme tragen, diem Weil sie um das Minimum nicht arbeiten wollen und lieber in die Großstadt abwandern. Dieser Sache wird energisch nachgegangen werden, ebenso andern unartfischen Zuständen in einigen Kunsttempeln des Bezirkes. Den anwesenden arbeitslosen Kollegen wurde ein kleiner Extrabtrag aus der Bezirkskasse übergeben. — Ein gemütliches Beisammeln bis zur Abfahrt ließ erstem Buchdruckstun bei Sang und Klang freien Lauf. Unsere nächste Bezirksversammlung findet am 15. April 1928 in Rosenheim statt.

**Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsteher einzuziehen!**

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, der schädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

(Siehe Druckortverzeichnis in den Verbandsnachrichten auf den Seiten 47 bis 64.)

**Wald (Nhb.).** In unserer letzten Versammlung wurde nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte ein Kollege aufgenommen. Fast einstimmig beschloß die Versammlung, den ausgesperrten und streikenden Metallarbeitern des Kreises Solingen 60 M. wöchentlich aus der Ortskasse für die Dauer des Streiks zu bewilligen. Aus diesem Grunde wurde der Beitrag um eine Mark für die Dauer des Streiks erhöht. Infolge der anhaltenden Steigerung sämtlicher Lebensmittel durch die neu eingeführten Zölle wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Verbandsvorstand wolle angehts der ständig zunehmenden Teuerung, die sich hier im Kreise Solingen ganz besonders bemerkbar macht, eine Lohnverhöhung im Reichsmahstab in die Wege leiten.“

### Allgemeine Rundschau

**Nachahmensewertes Beispiel.** Anlässlich des 80. Geburtstages des Seniorhegts der Firma A. L. A. Kämpfe in Venau, der selbst über 60 Jahre Mitglied des Verbandes und jetzt Invalide ist, wurde dem Personal eine kleine Feier mit Abendessen und Freitritt geboten, bei der auch die Kollegen geehrt wurden, die länger als 25 Jahre im Betriebe tätig sind. Es find sechs Kollegen, denen von der Firma ein Geldgehalt überreicht und die tariflichen zwölfstägigen Ferien um eine weitere Woche verlängert wurden.

**Das Fachschulwesen im deutschen Buchdruckgewerbe.** Auf mehrfache Anfragen teilen wir mit, daß von der unter vortestehendem Titel erschienenen Zusammenstellung noch eine Anzahl Exemplare vorhanden sind. Sie können aber nur an die Gauvorstände, an die Mitglieder der Fachauschüsse sowie an unsere Lehrlingsleiter abgegeben werden. Bestellungen sind an den Verbandsvorstand zu richten.

**Betriebsratswahl in der Reichsdruckerei.** Bei der Betriebsratswahl am 20. Oktober in der Berliner Reichsdruckerei fielen von 15 Mandaten für den Betriebsrat 14 der freigewerkschaftlichen Liste zu. Nur ein Mandat erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften. Insgesamt waren 3130 wahlberechtigte Personen vorhanden, von denen 2868 ihr Wahlrecht ausübten. Mit 91,6 Proz. Wahlbeteiligung ist gegen das Vorjahr eine Steigerung um 3,8 Proz. eingetreten. Der Prozentsatz der christlichen Wähler ist gegen das Vorjahr wiederum zurückgegangen. Da für den Angestelltenrat nur eine freigewerkschaftliche Liste eingereicht worden war, galt diese als gewählt.

**„Duden“ als Beweismittel.** Über eine interessante Gerichtsverhandlung in Waidenburg (Schlesien) wurde dem „Kämpf“ folgendes berichtet: Wegen Vergehens gegen das Weingesez und unlauteren Wettbewerbes war ein Kaufmann angeklagt. Die strafbare Handlung sollte darin bestanden haben, daß er Apfelwein als „Fider“ anbot und in den Verkehr brachte. Der Sachverständige stand auf dem Standpunkt, daß es falsch sei, Apfelwein als „Fider“ anzupreisen. Dieser Auslegung schloß sich auch der Anklagevertreter an, der eine Geldstrafe wegen dieses Vergehens beantragte. Nun brachte der Angeklagte seinen Trumpf vor, indem er den „Duden“ hervorjog und dem erkaunten Gerichtshof nachwies, daß nach diesem Sprachbuch unter „Fider“ klar und deutlich Apfelwein zu verstehen sei. Das Gericht beugte sich dieser Beweisführung und sprach den Beschuldigten frei.

**Goldfund unter Hadern.** Wie der „Papierzeitung“ mitgeteilt wurde, erhielt eine Papierfabrik von einer Firma der Altmaterialebranche in Haslach einen Wagon Hadern. Als die Lumpen zum Zerreißen maschinell behandelt wurden, ließ man auf einen harten Gegenstand, wodurch eine Störung entstand. Der bedienende Arbeiter zog den hemmenden Gegenstand aus der Maschine heraus und fand in einer alten Westentasche 97 goldene Zwanzigmarsstücke. Der Abkäufer der alten Weste hatte sicherlich keine Ahnung von dem darin versteckten Reichtum, als er die Weste für ein paar Pfennige an den Lumpenhändler verkaufte.

**Im Zeichen des technischen Fortschritts.** In einer ihrer letzten Nummern nahm die „Zeitschrift“ von einem origi-

nellen Nachruf Notiz, den der in New York erscheinende „Inland Printer“ einer Reihe von überlebten Maschinen widmete, von denen einzelne auch in Deutschland bekannt sind. Der schwarz umrandete Nachruf bietet einen drastischen Beweis dafür, in welcher rasendem Tempo die technischen Neuerungen unaufhaltsam fortschreiten. Er lautet in seinem vollen Wortlaut wie folgt: In Memoriam. Graulame Umstände zwingen uns zu unsern tiefen Leidwesen und großen Bedauern zu der Bekanntgabe des plötzlichen, wenn auch nicht ganz unerwarteten Scheidens der folgenden Maschinen aus diesem Soralental. Sie ruhen nun friedlich auf ihren Lorbeeren aus. Unsere Sympathie wurde durch die Nützlichkeit ihres vielverpfindenden kurzen Lebens und durch die ganze Sorgfalt erweckt, mit der sie von einer liebevollen Mutter und einem aufopfernden Vater gepflegt wurden. Mögen ihre guten Taten helfen, uns an die Unbeständigkeit des Glücks und den kurzen Genuß des Ruhms zu erinnern:

- |                                  |                                    |
|----------------------------------|------------------------------------|
| Campbell Century-Preße           | Overland-Preße                     |
| Reedley-Preße                    | Plating-Preße                      |
| Kumographeide, Notationsmaschine | Hobbes Zurichdruckzug              |
| Woodon Graphotype                | Goldreit Zweilourenmaschine        |
| Simplex-Schriftsetzer            | Dezagon Edge-Setzler               |
| Huber-Autoverlei                 | Zimbalon Pressen-Aufzug            |
| Gibber-Baum                      | Schwab automatische Sammelmaschine |
| Amerika-Halamaschine             | Brown & Carter Wapler-Schneider    |
| Scott Kalziumdrück-Preße         | Page-Preße                         |
| Cartwright Altdens-Maschine      | Monoline-Maschine                  |
| Campbell-Multilithre             | Altdens-Preße mit Wogenauslage     |
| Schreib-Abdruck-Preße            | Ray-Mor-Preße                      |
| Jones Altdens-Masch.             | Handdrucker-Steuerapparat          |
| Jones Gordon-Preße               | Dam-Schneidmasch.                  |
| Neue schließende Schneidmaschine | Sweitz Altdenspreße                |
| Reedley-Gem.-Wapler-Schneider    |                                    |
| Autopresse                       |                                    |

Sie kamen und gingen wieder, nicht ohne ihren liebevollen Eltern große Kosten zu verursachen. Einige von ihnen schlichen ein Jahr lang oder etwas länger dahin, andre hielten sich mehrere Jahre unter ständiger chirurgischer Behandlung. Und dennoch füllten sie ihre Plätze während ihres Daseins zufriedenstellend aus und trugen zur Förderung des Druckgewerbes auf seinem Vormarsch bei. Ehre ihrem Andenken!

**Sozialhygiene-Spielfilm „So ist das Leben“.** Wir wurden von der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungs-trägern Großberlins, Berlin N 4, Gartenstraße 16/17, gebeten, im allgemeinen Interesse auf den von dieser Körperschaft herausgegebenen Sozialhygiene-Spielfilm „So ist das Leben“ empfehlend hinzuweisen. Im Rahmen einer interessanten Spielhandlung zeigt dieser Film die Notwendigkeit der persönlichen Gesundheitspflege; den Wert systematisch betriebener Leibesübungen (Sport) und das Wirken der modernen medizinischen Wissenschaft. Der Film weist weiter hin auf die Gefahren des Berufslebens und ihre Bekämpfung, die Einrichtungen der Berufsberatung und Eignungsprüfung (Psychotechnik), die Verhütung von Unfällen und die erste Hilfe bei Unfällen, die Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. In den einzelnen Abschnitten werden in anschaulicher Weise alle die Aufgaben und Leistungen der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenkassen, behandelt. Der Film wurde und wird vorgeführt in Theatern, Betrieben, von Krankenkassen und namentlich in Versammlungen der Gewerkschaften. Letztere genießen auf die Beilmiete (für einen Vorführungstag 45 M.) einen Rabatt von 25 Proz. Der Film ist auch zu beziehen durch die Film- und Lichtbildstelle des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Charlottenburg 1, Berliner Straße 187.

**Schiedspruch im Bergarbeiterstreik.** Nach zweitägigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin wurde am 21. Oktober folgender Schiedspruch für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gefaßt: 1. Die Lohnordnung wird mit der Wabgabe wieder in Kraft gesetzt, daß vom Tage der Arbeitsaufnahme ab der Tarifdurchschnittslohn in den Kernrevieren von 5,20 M. auf 5,80 M. erhöht wird. 2. In den andern Revieren ist der Lohn im gleichen Verhältnis zu erhöhen. 3. Die Verteilung der Lohnverhöhung innerhalb der einzelnen Gruppen findet innerhalb der Parteien statt. 4. Die Regelung gilt bis zum 31. August 1928. 5. Die Parteien haben sich bis zum 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, zu erklären. In der Begründung des Schiedspruchs wurde vom Schlichter ausgeführt, daß die Tarifhöhe im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seit dem 1. November 1926 unverändert geblieben seien, während sie in andern Bergbauerevieren in der Zwischenzeit eine Steigerung erfahren hätten, daß ferner die Tarifhöhe andrer Berufsgruppen im mitteldeutschen Bezirk zum Teil nicht unerheblich über den bisherigen Tariflohn der Bergarbeiter lägen. Die Funktionäre der am Streik beteiligten Gewerkschaften nahmen am Sonntabend, dem 22. Oktober, in Halle Stellung zum Schiedspruch. Nach mehr als zweistündiger Beratung stimmte die Funktionärenkonferenz mit 381 gegen 36 Stimmen der Annahme des Schiedspruchs zu. Die Teilnehmer dagegen lehnten ab. Auf Antrag der Arbeitervertretung wurde der Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt. Die Arbeitsaufnahme dürfte inzwischen in allen Revieren erfolgt sein.

**Beheblicher Kampf gegen Preisverhöhungen.** Das sächsische Wirtschaftsministerium hat an die maßgebenden amtlichen und freien Berufsvertretungen eine Verordnung erlassen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß die bevorstehende Aufhebung der Beamtenbesoldung keinen berechtigten Grund zu Preisverhöhungen böte, denn sie erfolge im Reiche und in den Ländern ohne neue Belastung der Wirtschaft aus den Erträgen der bestehenden Steuern. Das Wirtschaftsministerium empfiehlt deshalb den beruflichen Vertretungen der Industrie, des Handels und des Gewerbes dringend, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß unbegründete Preisverhöhungen unterbleiben, daß bei solchen aber, die aus wirtschaftlichen Gründen unvermeidbar sind, die Öffentlichkeit hinreichend aufgeklärt und es unbedingt vermieden wird, in Antändigungen usw. Preissteigerungen in Aussicht zu stellen, um zu einem baldigen Einfluß anzureizen. — Wenngleich es ungemein schwierig ist, die Schleichwege des Handels, auf denen Preisver-

teuerungen zustandekommen, aufzusparen, das Vorgehen des sächsischen Wirtschaftsministeriums verdient dennoch Anerkennung.

Der Maschinenbau. Auf einer Ausstellung in New York wird, wie vom „Vorwärts“ berichtet wurde, gegenwärtig von einer der größten amerikanischen Firmen der Elektrotechnik ein Mechanismus gezeigt, der, als erster in der Geschichte der Automaten, auf einen gesprochenen Befehl reagiert.

Deutsche Wertstofftagung. In Berlin begann am 22. Oktober die erste große Wertstofftagung, die bis zum 13. November dauern wird.

„Jahresbericht des Technikums für Buchdrucker in Leipzig“ (ausgibt Tätigkeitsbericht 1926/27). Das Technikum für Buchdrucker in Leipzig hat vor kurzem der Buchwelt eine repräsentative Jahresmappe ausgehen lassen, aus der man sich ein recht gutes Urteil über den Stand der Buchdruckerei im vergangenen Jahr bilden kann.

Forderung des Ausbaus der Angestelltenversicherung. Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde antragsgemäß eine Vorlage zum Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes gefordert.

Patentschau. Zusammengefasst vom Patentingenieur Gustav Weber, Hamburg, Postenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Kunst und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Verwertung von Schutzrechten bereitwillig erteilt.

Patentangelegenheiten. (beröffentlicht im „Patentblatt“ vom 6. Oktober 1927): Nr. 15d G. 64884 Salace G. Oranger, San Francisco, U. S. A., „Antriebsvorrichtung für Notationsdruckmaschinen“.

Patentangelegenheiten. Nr. 15a 451351 Carl Christel, Lomha bei Leipzig, Maschine zum Reinigen der Matten von Wollfäden und Zellulosefasern. Nr. 15d 461286 Max Viebuch, Röhlschbroda bei Dresden, „Abstreifvorrichtung“.

Gebrauchsmuster. Nr. 15d 1 006 465 Heinrich Rehnhoff, Berlin-Banlow, Westalotstraße 12, „Harzverdrängend an Schmelzpressen“.

Literarisches. „Jahresbericht des Technikums für Buchdrucker in Leipzig“ (ausgibt Tätigkeitsbericht 1926/27). Das Technikum für Buchdrucker in Leipzig hat vor kurzem der Buchwelt eine repräsentative Jahresmappe ausgehen lassen, aus der man sich ein recht gutes Urteil über den Stand der Buchdruckerei im vergangenen Jahr bilden kann.

graphie, dem „Sachfil“, scheint man aber noch keine allzu große Liebe und Abgelenktheit entgegenzubringen, denn nach dieser Richtung gezeigt wird, ist wenig und fast teilweise zu wünschen übrig.

Die Weltliche des Kunst Schmitt. Zwischen Ford und Lenin. Eine leider nur zum Teil wahre Geschichte von Paul v. Soden. Unter diesem Titel erschien im Verlag der Buchdruckerei in Hamburg-Bergedorf ein Roman aus der Feder des von der Weltlichen künstlerisch gekleideten, von den Buchdruckern aber als Rechner und Politiker allgemein gekannten ehemaligen Generals v. Soden. Preis kartonierter 2,80 M., Ganzleinen 4 M.

„Breitkopf & Härtel, Leipzig, Technischer Bericht 1927.“ Eine hervorragende drucktechnische Zeitschrift und zugleich eine interessante Abhandlung über die neuere Entwicklung der wichtigsten technischen Hilfsmittel des Buchdrucks.

Briefkasten. P. Z. in P.: Das „Dob“-Rezept von G. F. in vorheriger Nummer dürfte wohl auch Ihre Aufmerksamkeit finden. Der Ausdruck Ihrer Einigung erlöst sich deshalb. — P. F. in G.: Bitte durch den Artikel in vorheriger Nummer beantwortet sein. — P. Z. in P.: Vielen Dank für Aufklärung! — W. G. in P.: Nr. 167: 3,20 M.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1191, 3141 bis 3145. Bantton: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (H. Schweinib). Schwelm i. B.: Kassierer: Otto von Sborf, Robertstraße 35.

Zur Aufnahme gemeldet. Einwandnen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse: Im Gau Mittelrhein die Drucker 1. Karl Hirschler, a. b. in Gießen 1900, a. b. in Weiskirchen im Januar 1920; 2. Adolf H. H. in Gießen 1904, a. b. in 1922; waren schon Mitglieder. — Friedrich Conrad in Mannheim P. 4, 4/5. Im Gau in der Gasse der Drucker Herbert Schöpp, a. b. in Weiskirchen (Oria) 1896, a. b. 1910; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kl. Klausstraße 7. Im Gau Thüringen 1. der Seher Gerhard F. in Gießen 1900, a. b. 1927; 2. der Schmiedegerber Friedrich 1908, a. b. 1927; 3. der Schmiedegerber Adolf 1926; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Wislawa in Weimar, Döllnstraße 36.

Berlammungskalender. Dresden. Berlammung der Drucksätze des Bildungsverbandes Freitag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Hotel „An der Kunstakademie“, An der Frauenkirche 8.

Anzeigengebühren: die Nebenspaltenreparaturzeitung 20 Pfennige für die Vereine, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und für Todesanzeigen; sonstige Anzeigen 30 Pfennige. Rabatt wird auf diese Preise nicht gewährt.

Annahmestunde: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige wöchentlich erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Eingabung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 70

KOLLEGEN!

DIE ORTSGRUPPE BERLIN des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker feiert in diesem Jahr ihr

15. GRÜNDUNGSFEST IM HAUPTSAALE DES LEHRERVEREINS-HAUSES AM ALEXANDERPLATZ

Das Programm wird eine Reihe guter Darbietungen aufweisen, die jedem Geschmack gerecht werden dürften. Die weite Tanzfläche des über tausend Personen fassenden Festsaales und die gutbesetzte Ballmusik geben Gewähr dafür, sich bis früh 5 Uhr genussreich zu vergnügen.

Freitag, den 29. OKTOBER PÜNKTLICH 20 UHR

Karten sind erhältlich in der Geschäftsstelle, in der Versammlung der Ortsgruppe am Freitag, dem 28. Oktober, bei den TVB-Vertrauensleuten und an der Abendkasse.

TECHNISCHER UNTERHALTUNGSABEND

zwanglose Besprechung von Fragen aus der täglichen Praxis. Leihweise Ausgabe von Büchern und Fachzeitschriften. Entgegennahme von Beiträgen und Ausgabe der „T. M.“ und des „G. B.“.

Befähigter Akzidenz- und Interatensetzer gesucht. Bewerbungen mit Angabe des Alters, bisheriger Tätigkeit, Zeugnisabschriften sind zu richten an das 168 „Westpreussische Tageblatt“, Deutsch-Eylau.

Wichtiges, 28-jähriger Akzidenz- und Interatensetzer für sofort gesucht. Zahlung nach Bestätigung. Besondere Vergütung. 1103. Entgelt mit Angabe des höchsten Entgeltes an Werkbureau K. Kleinert, Quakenbrück. Besondere Vergütung telegraphisch.

Maschinenmeister für besseren Werk-, Platten- und Illustrationsdruck in Dauerstellung gesucht. Kenntnisse des „Gauger“ notwendig. 1160. Angebote mit Zeugnisabschrift und Wohnort an Piecersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Ebn.).

„Präsident“ Winter-Paletots, Mitter, Anzüge

festig und nach Maß, an Angestellte in den Zeitungsbetrieben und Druckereien gegen wöchentliche und monatliche Vorauszahlungen, bei geringer Anzahlung. Kein Versand nach außerhalb. Viele Anerkennungsbriefe, speziell aus Druckereibetrieben, über gute und preiswerte Belleriege liegen zur gef. Einsicht aus. Herrenkleider-Fabrikation und Vertrieb „Präsident“, C. Friedenstein & Co., Berlin O 2, Neue Promenade 4 II, gegenüber Stadtbahnhof Hofstr. 29. (Fernsprecher: Woyden 7380).

Schulleiter! Wir suchen für die Leitung unserer umfangreichen Geschäftliche eine Persönlichkeit, die Organisationsabteilungen größerer Druckereien mit Erfolg vorgeht. Praktische Kenntnisse der Typographiemaschine erforderlich. Off. Angebote mit Angabe des Alters, des Ausbildungsganges und der bisherigen Tätigkeit erbeten an: 1162 Typograph C. m. d. S., Berlin NW 67, Güttenstraße 17/18.

Schriftsetzer Herbert Sorger wird ersucht, zurecht Anstellung sofort wieder nach Oberhausen (Kleinort) zu kommen. Zahlstellenverwalter und Funktionäre bitten wir, G. hierauf aufmerksam zu machen. 1168

Sekkerstereotypen der in der Verfertigung und im Vertriebsgeschäft erfahren ist, in dauernde Stellung gesucht. Arbeitendruckerei Götlich.

Echtlicher, zuverlässiger Kinotypsetzer mit mehrjähriger Praxis sofort gesucht. 1167 „Echo der Gegenwart“, Rachen.

Echtlicher, unverheirateter Maschinenmeister mit besten Erfolge, im Illustrations- und Farbendruck, arbeitsfreudig, in Dauerstellung zum baldigen Eintritt gesucht. Ausdrückliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Altersangabe, eventuelle in der Vergangenheit erbeten an Buchdruckerei C. Brendel, Zeitz. 1128

Wir suchen für längere Beschäftigung einen eifrigen und unbedingt zuverlässigen Monotypsetzer der sich über eine längere Tätigkeit an der Maschine ausweisen kann. Angebote mit Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und seitheriger Tätigkeit sowie Wohnort an: Piecersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (Ebn.).

Gummidrucker Gummidrucker, Sänderkitt für Rotationsbänder, Messingdruckschleifen liefert C. Siegel, München 9, Soltaustraße 1

Otto Ehses Die Geschichte der Setzmaschine In leicht verständlicher Weise ist der Werdegang der Setzmaschine von ihren Anfängen bis zur Jetztzeit aufgeschlüsselt. Preis in Leinen gebunden 3 M Porto beifügen. Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker C. m. d. S., Berlin SW 61, Drembstr. 5.

Werkzeugkasten für Tonplattenschnitt in Blei, Messer, Stempel und Jellulid, alle Werkzeuge das für empfindliche Siegel, München 9, Soltaustraße 1.

MUSIK Instrumente für Orchester, Schule und Haus. Teilzahlungen werden gestattet. Verlangen Sie Katalog MAXDORF Klinckenthal in Sachau, Nr. 304

Zwei Gerien Postkarten vom Verbandsbureau der Deutschen Buchdrucker, Berlin Jede Karte 5 Pf. Betrag d. Bildungsbücherei, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5.

Am 18. Oktober beschied plötzlich infolge Geschlags unter lieber Kollegen, der Maschinensetzer 1166

Hermann Granelli im Alter von 43 Jahren. Sein humorvolles kollektives Wesen hat ihn bei allen seinen Vereinskollegen ein festes warmes Gedenken gelassen. Oetzelverein Ralen (Warttemberg).

Am 10. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollegen, der Sejer 1167

Otto Waker im Alter von 49 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Firma Baensch-Druggen, Zeitz.

Saul Adelt Viele Jahre in unsern Reihen tätig, hat er sich durch seine Treue zur Kollegenschaft ein ehrendes Andenken gesichert. Die Kollegen der „Zeitschrift Neuesten Nachrichten“, Leipzig.

Am 17. Oktober verstarb unerwartet unter lieber Kollegen, der Stereotypsetzer 1161

Am 17. Oktober verstarb nach unheilbarer Krankheit unter lieber Kollegen, der Stereotypsetzer 1164

Am 17. Oktober verstarb nach unheilbarer Krankheit unter lieber Kollegen, der Stereotypsetzer 1164

Am 10. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollegen, der Sejer 1167

Am 10. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollegen, der Sejer 1167

Am 10. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollegen, der Sejer 1167

Am 10. Oktober verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollegen, der Sejer 1167